



Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

«Priorität muss sein, jetzt Leben zu retten – die weltweite Verurteilung von Sanktionen muss folgen»

Interview mit Prof. Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas*

Alfred de Zayas
(Bild zvg)

Zeit-Fragen: Seit vielen Jahren wenden Sie sich gegen die Anwendung von Sanktionen. Nun wird behauptet, die Sanktionen würden auch die Bekämpfung der Corona-Pandemie in den von Sanktionen betroffenen Ländern enorm erschweren. Was sagen Sie zu dieser Behauptung?

Alfred de Zayas: Natürlich verstossen der herrschende Wirtschaftskrieg gegen Kuba, Nicaragua, Venezuela, Syrien, Iran, Nordkorea sowie die finanzielle Blockade und die erstickenden Wirtschaftssanktionen gegen die Uno-Charta, zahlreiche internationale Verträge, insbesondere Menschenrechtsverträge wie den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte*, den *Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte*, die *Kinderrechtskonvention*. Sie verstossen auch gegen das völkerrechtliche Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und gegen das Interventionsverbot (das nicht nur für militärische Interventionen, sondern auch für nichtkonventionelle, hybride Kriegsführung gilt).

* Alfred de Zayas (Vereinigte Staaten von Amerika, seit 2017 Schweizer Staatsbürger) ist Schriftsteller, Historiker und führender Experte auf dem Gebiet der Menschenrechte und des Völkerrechts. 2012 wurde er vom UN-Menschenrechtsrat zum ersten *Unabhängigen Experten für die Förderung einer demokratischen und gerechten Internationalen Ordnung* ernannt; dieses Amt hatte er bis 2018 inne.

Es ist erwiesen, dass Sanktionen töten – nicht nur unilaterale Zwangsmassnahmen, sondern sogar unkluge Uno-Sanktionen wie die gegen den Irak 1991–2003, die zum Tod von über einer Million Irakern, zum Tod durch Unterernährung, zu mangelndem Zugang zu sauberem Wasser, Medikamenten, medizinischer Ausrüstung usw. führten. Bereits 1995 schätzte *Unicef*, dass die Sanktionen den Tod von etwa 500 000 irakischen Kindern verursacht hatten – aber die Warnung blieb ungehört. Oder schlimmer noch – sie wurde von den allmächtigen Vereinigten Staaten verworfen. Auf die Frage, ob es sich lohne, die Sanktionen gegen den Irak trotz des Todes so vieler Kinder aufrechtzuerhalten, antwortete die damalige US-Aussenministerin *Madeleine Albright* mit «ja» – wie jeder auf *YouTube* feststellen kann. Der humanitäre UN-Koordinator für den Irak 1996–1998, *Denis Halliday*, trat jedoch aus Protest zurück und nannte die UN-Sanktionen «eine Form des Völkermords». Auch sein Nachfolger *Hans Christof Graf von Sponeck* (1998–2000) trat aus Protest zurück und schrieb darüber ein Buch mit dem Titel «Ein anderer Krieg».

Die Generalversammlung hat 27 Resolutionen verabschiedet, in denen die Aufhebung des US-Embargos gegen Kuba gefordert wird, nicht nur, weil es gegen das Völkerrecht verstösst, sondern auch, weil es die kubanischen Gesundheitsinfrastrukturen erheblich geschwächt und die Beschaffung von Ersatzteilen für medizinische Geräte wie Scans und Dialysegeräte fast unmöglich gemacht hat. Die Professoren *Jeffrey Sachs* und *Mark Weisbrot* schätzten in einem Bericht aus dem Jahr 2019, dass die Sanktionen gegen Venezuela für den Tod von 40 000 Venezolanern im Jahr 2018 verantwortlich sind. Seitdem hat sich die Situation immer weiter verschlechtert. Im Laufe der Jahre wurden die Gesundheitsinfrastruk-

turen vieler Länder, gegen die die Sanktionen gerichtet waren, geschwächt, wodurch sie weniger auf die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie vorbereitet sind.

Am 31. März 2020 forderte die Uno-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Nahrung, Professor *Hilal Elver*, angesichts der Pandemie die sofortige Aufhebung der Sanktionen. Andere Berichterstatter wie der verstorbene *Idriss Jazairy* hatten bereits den Zusammenhang zwischen Sanktionen und Tod dokumentiert. Der neu ernannte Berichterstatter über die negativen Auswirkungen unilateraler Zwangsmassnahmen hat am 2. April für die Aufhebung der Sanktionen plädiert und wird wahrscheinlich bald einen Bericht zu diesem Thema herausgeben. Aber die Zeit drängt!

Am 1. April 2020 protestierte die kubanische Regierung gegen die «kriminelle Blockade» der USA, nachdem das US-Embargo die Lieferung von Covid-19-Testkits und Beatmungsgeräten blockiert hatte, die vom chinesischen E-Commerce-Magnaten *Jack Ma*, dem Eigentümer von *Alibaba*, gespendet worden waren. Der kubanische Präsident *Diaz-Canel* twitterte: «Die kriminelle Blockade der imperialen Regierung verletzt die Menschenrechte des kubanischen Volkes.» Kubas Gesandter in Peking, *Carlos Miguel Pereira*, erklärte, dass eine private amerikanische Firma beauftragt worden war, medizinische Güter zu liefern, die für den Kampf gegen Covid-19 notwendig sind. Die Firma weigerte sich jedoch «in letzter Minute», die Lieferung durchzuführen. Nach Angaben der *Xinhua News Agency* hatte sich das Unternehmen ausdrücklich auf die Gefahr berufen, vom UN-Finanzministerium wegen Verstosses gegen das US-Helms-Burton-Gesetz von 1995 bestraft zu werden.

Noch einmal, und das muss wiederholt werden: *Sanktionen töten*. Die zivil- und strafrechtliche Verantwortung liegt nicht nur bei den USA, sondern auch bei allen Staaten, die Sanktionen verhängt oder umgesetzt haben, und sogar bei privaten Konzernen, die Profit über Menschenleben stellen.

Wie positioniert sich die Uno dafür ein, dass die Sanktionen aufgehoben werden?

Was die Sanktionen gegen Kuba betrifft, so hat die Generalversammlung wiederholt deren Aufhebung gefordert, aber die Vereinigten Staaten betrachten sich selbst als über dem Völkerrecht stehend und haben sechs Jahrzehnte lang illegale Sanktionen gegen Kuba verhängt. Solange es keine Konsequenzen für die amerikanische Wirtschaft gibt, wird sich daran wahrscheinlich nichts ändern. Aber natürlich verhängen auch andere Länder wie Kanada, das Vereinigte Königreich usw. Sanktionen oder setzen die US-Sanktionen gegen Kuba, Venezuela, Iran usw. um, mit Blick auf die extraterritoriale Anwendung des US-Rechts und der Verhängung von Strafen für «Verstösse gegen die Sanktionen».

Die zivil- und strafrechtliche Verantwortung für die Verhängung oder Umsetzung von Sanktionen liegt in erster Linie bei den USA, aber auch bei allen Staaten, die Sanktionen verhängt oder umgesetzt haben.

Wie positioniert sich in dieser Frage die internationale Gemeinschaft? Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang den Internationalen Solidaritätsbericht?

Die «internationale Gemeinschaft» handelt nicht in einer Weise, die mit der Uno-Charta und der Verpflichtung zur Ausübung internationaler Solidarität vereinbar ist. Bereits 2017 gab die Unabhängige UN-Expertin für Menschenrechte und internationale Solidarität, *Virginia Dandan*, einen Entwurf für eine Erklärung über das Recht auf internationale Solidarität heraus, den die Generalversammlung jedoch nie annahm. Es ist an der Zeit, dass der Generalsekretär den Sicherheitsrat, die Generalversammlung und den Wirtschafts- und Sozialrat an ihre jeweiligen Verantwortlichkeiten erinnert und sich für die formelle Annahme der Erklärung – und ihre konkrete Umsetzung – einsetzt.

Die Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, hat in der vergangenen Woche gefordert, dass die Sanktionen gelockert werden müssten, um die Pandemie bekämpfen und damit eine weltweite Verbreitung einschränken zu können. Wie erfolgversprechend sind ihre Forderungen?

Die Hohe Kommissarin hätte die Sanktionen wegen ihrer direkten Verletzung der zivilen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte der betroffenen Bevölkerung verurteilen müssen. Bereits Bachelets Vorgängerin, die Hochkommissarin *Navi Pillay* verurteilte in ihrem Bericht A/19/33 von 2012 unilaterale Zwangsmassnahmen und forderte deren Beendigung. Eine Lockerung der Sanktionen reicht nicht aus. Sie müssen als Verbrechen gegen die Menschheit verurteilt werden. Hier gibt es keinen möglichen rechtlichen oder moralischen Kompromiss. Sanktionen verletzen die Menschenrechte. Sanktionen töten. Bachelet hätte die vollständige Aufhebung der Sanktionen und die Zahlung von Reparatio-

Fortsetzung auf Seite 2

Uno-Rechtsexpertin drängt die Regierungen, Leben zu retten, indem sie angesichts der Covid-19-Pandemie alle Wirtschaftssanktionen aufheben

Eine Uno-Menschenrechtsexpertin verlangte am 3. April 2020 die Aufhebung aller einseitigen Sanktionen, welche die humanitären Massnahmen der sanktionierten Staaten behindern. Damit sollen deren Gesundheitssysteme in die Lage versetzt werden, die Covid-19-Pandemie zu bekämpfen und Leben zu retten.

«Ich fordere die internationale Gemeinschaft auf, unverzüglich Massnahmen zu ergreifen, um alle Sanktionen aufzuheben oder zumindest auszusetzen, bis unsere gemeinsame Bedrohung beseitigt ist», sagte *Alena Douhan*¹, die neu ernannte *UN-Sonderberichterstatterin über die negativen Auswirkungen unilateraler Zwangsmassnahmen auf die Wahrung der Menschenrechte*. Dies steht im Einklang mit dem jüngsten Aufruf des Uno-Generalsekretärs, Sanktionen aufzuheben, die die Fähigkeit der Länder zur Reaktion auf die Pandemie untergraben.

«Die Bezwungung dieses Feindes kann nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Staaten und internationalen Organisationen im Geiste des Multilateralismus, der Zusammenarbeit und Solidarität erreicht werden», sagte sie. «Angesichts der weltweiten Herausforderung darf niemandem die lebenswichtige medizinische Versorgung verweigert werden.»

«Ich fordere alle Regierungen, die Sanktionen als aussenpolitisches Instrument einzusetzen, auf, Massnahmen zur Errichtung von Handelsschranken unverzüglich zurückzunehmen und Zölle, Quoten, aussertarifliche Massnahmen zu verbieten, einschliesslich solcher, die die Finanzierung des Kaufs von Medika-

menten, medizinischer Ausrüstung, Lebensmitteln und anderen lebenswichtigen Gütern verhindern», sagte die Uno-Expertin.

Die Sonderberichterstatterin unterstrich, dass die gegenwärtige Pandemie das gesamte Menschenrechtssystem in Frage stellt, einschliesslich solcher Grundrechte wie das Recht auf Leben und das Recht auf Gesundheit. «Es bedarf eines sensiblen Menschenrechtsansatzes, um der Covid-19-Krise zu begegnen, und dazu gehört auch die Aufhebung jeglicher Zwangsmassnahmen zwischen den Staaten», sagte sie.

«Ich begrüsse alle Bemühungen, den von der Krankheit betroffenen Ländern humanitäre Hilfe zu leisten», sagte sie. Douhan wies darauf hin, dass einige Regierungen und internationale Organisationen oft nicht in der Lage sind, der Bevölkerung der sanktionierten Länder auch nur die grundlegendste Hilfe zu leisten, weil unilaterale Sanktionen das globale Finanzsystem nutzen, um Drittländer, Unternehmen und Finanzinstitutionen dazu zu zwingen, jegliche Transaktionen im Zusammenhang mit diesen Staaten zu vermeiden.

«Es handelt sich um eine Angelegenheit von grösster Bedeutung und grosser Dringlichkeit. Das Covid-19-Virus trifft keine Wahl. Es überschreitet leicht Grenzen und richtet sich gegen Menschen, unabhängig von ihrer Nationalität, Rasse, politischen Einstellung, Religion oder ihrem sozialen Status», sagte sie und hielt fest, dass in den sanktionierten Ländern, insbesondere in Iran, in Venezuela, Kuba, Syrien und im Jemen, die medizinische

Ausrüstung oft veraltet ist und es an Medikamenten und Schutzmitteln fehlt.

«Die sanktionierten Länder sind besonders hart betroffen, da sie ihre Einnahmen nicht für den Kauf von Importen von Geräten, Medikamenten, antiviralen Medikamenten und Nahrungsmitteln von Weltmärkten verwenden können», sagte die UN-Expertin. «Die Pandemie löst eine tiefe Wirtschaftskrise mit schwerwiegenden negativen humanitären Auswirkungen aus, vor allem für die am meisten gefährdeten Personen in den ärmsten Bevölkerungsschichten: Frauen, ältere Menschen, Jugendliche und Kinder», sagte Douhan.

«Ich bekräftige die langjährige Position meines Vorgängers, dass der Einsatz von Wirtschaftssanktionen zu politischen Zwecken gegen die Menschenrechte und die Normen des internationalen Verhaltens verstösst. Bereits im Mai 2019 warnte er davor, dass solche Aktionen menschengemachte humanitäre Katastrophen von noch nie da gewesenem Ausmass auslösen könnten.»

«Das erleben wir jetzt im Hinblick auf das Gesundheitssystem weltweit und insbesondere in den sanktionierten Ländern.»

¹ Frau *Alena Douhan* (Weissrussland) wurde im März 2020 vom Menschenrechtsrat zur Sonderberichterstatterin über die negativen Auswirkungen der einseitigen Zwangsmassnahmen auf die Wahrung der Menschenrechte ernannt.

Quelle: <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=25769&LangID=E>

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Sanktionen stören Gesundheitsfürsorge erheblich

Länder wie Syrien und Iran kämpfen an zwei Fronten gegen das Corona-Virus

von Karin Leukefeld



Karin Leukefeld
(Bild zvg)

Internationale und private Hilfsorganisationen stellen den Schwächsten der Schwachen Hilfe in Aussicht und konkurrieren auf dem internationalen Spendenmarkt. Angesichts der grossen Herausforderungen ruft der Generalsekretär der Vereinten Nationen zu einem weltweiten Waffenstillstand auf. Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte fordert, die Sanktionen gegen Länder zu lockern, die schwer mit der Infektionskrankheit Covid-19 zu kämpfen haben.

In einem gemeinsamen Brief an den UN-Generalsekretär *António Guterres* forderten die UN-Botschafter von Russland, China, Nordkorea, Iran, Syrien, Venezuela und Nicaragua die sofortige Aufhebung der wirtschaftlichen Strafmassnahmen gegen ihre Länder: Die ganze Welt sei von der Krankheit betroffen, alle Länder müssten die gleichen Chan-

cen haben, gegen die Krankheit vorzugehen und miteinander zu kooperieren.

Besonders betroffen ist Iran, das seit 1979 unter US-Sanktionen leidet. Mit dem US-Ausstieg aus dem gemeinsamen Atomabkommen Anfang 2018 verschärfte US-Präsident *Donald Trump* die Lage. Vereinbarte Lockerungen der Sanktionen traten nicht in Kraft. Statt dessen kündigte Trump an, den Ölexport Irans «auf Null zu drücken». Mit weitreichenden Finanzsanktionen, die Ende 2019 in Kraft traten, solle Iran zudem ökonomisch isoliert werden, so die US-Administration.

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums in Teheran am 25. März 2020 sind 2077 Menschen an der Infektionskrankheit gestorben, darunter auch 50 Ärzte. Mehr als 27000 Menschen sind mit der Krankheit infiziert. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schickte 7,5 Tonnen medizinischer Hilfsgüter, darunter Tests und Schutzkleidung für Ärzte und Krankenpersonal.

Auch Syrien und Libanon leiden unter US-Sanktionen. Die Ökonomie beider Länder ist eng miteinander verbunden, der ökonomische und finanzielle Druck von US- und EU-Sanktionen gegen Syrien – was insbesondere die

US-Dollar und andere ausländische Devisenreserven betrifft – wirken sich auch auf Libanon aus.

In Libanon waren die ersten Krankheitsfälle Anfang März registriert, am 15. März wurden der Ausnahmezustand und eine Ausgangssperre verhängt. Schulen und Universitäten, Restaurants und Cafés, Häfen, Grenzen und der einzige Flughafen des Landes wurden geschlossen. Am 25. März 2020 wurde die Zahl der Erkrankungen vom Gesundheitsministerium mit 333 angegeben, sechs Personen sind bisher gestorben. Am Donnerstag verlängerte der libanesische Verteidigungsrat unter Vorsitz von Präsident *Michel Aoun* die Ausgangssperre um weitere 14 Tage bis zum 12. April 2020.

Syrien unterliegt seit 2011 zusätzlich zu den US-Sanktionen einer langen Liste vom Europarat verhängter wirtschaftlicher Strafmassnahmen. Auf Grund von neun Jahren Krieg und der Vertreibung von Millionen von Menschen sind die Lebensverhältnisse prekär. Das Gesundheitssystem bewegt sich seit Jahren am Limit, dem Land fehlt es an gut geschultem medizinischen Personal. Rund 70000 Ärzte und Fachkräfte haben das Land verlassen.

Seit Mitte März sind Schulen und Universitäten, Kindergärten, Restaurants und Cafés geschlossen. Für die Bevölkerung in allen Provinzen des Landes wurde eine nächtliche Ausgangssperre von 18 Uhr bis 6 Uhr verhängt. Die Grenzen zu den Nachbarländern Jordanien und Libanon wurden geschlossen, der private und staatliche Transport wurde – bis auf lebensnotwendige Güter – eingestellt. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums gibt es fünf bestätigte Infektionen mit dem Corona-Virus. In Zabadani wurde ein Spezialkrankenhaus für Notfälle eröffnet, bei Al Dweir ausserhalb von Damaskus gibt es ein Quarantänezentrum.

In den Gebieten im Norden und Osten des Landes, die nicht von der syrischen Regierung kontrolliert werden, kümmern sich die «Weisshelme» oder die kurdisch geführten «Syrischen Demokratischen Kräfte» um die Gesundheitssituation. Unterstützung erhalten sie dabei von der Weltgesundheitsorganisation. •

Erstveröffentlichung in <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1134788.corona-im-mittleren-osten-corona-achtet-nicht-auf-sanktionen.html> vom 27.3.2020. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Autorin.

«Priorität muss sein, jetzt Leben zu ...»
Fortsetzung von Seite 1

nen und Entschädigungen an die Opfer fordern sollen. Wenn sich der Generalsekretär der Vereinten Nationen den Forderungen Bachelets anschliessen und die Generalversammlung als dringende Angelegenheit damit befassen würde, könnte den Forderungen vielleicht entsprochen werden.

Natürlich gibt es das «Image-Problem» – die Angst vor einem «Gesichtsverlust». Die Vereinigten Staaten, Kanada und die Europäische Union verlieren nicht gern ihr Gesicht. Sie definieren sich automatisch als «die Guten». Wie können sie durch die Verhängung von Sanktionen im Unrecht sein? Dies erfordert einen Paradigmenwechsel, die Anerkennung der Tatsache, dass auch «die Guten» Verbrechen gegen die Menschheit wie Sklaverei, Sklavenhandel, Kolonialismus, Apartheid usw. begangen haben und noch begehen. Hier liegt ein grosses Hindernis für die Aufhebung der Sanktionen – eine Kultur des «Exzeptionalismus». Gleichzeitig lässt sich nicht leugnen, dass viele in den USA, Kanada und der EU anerkennen, dass Sanktionen illegal und kriminell sind, aber sie wissen auch, dass es schwierig ist, einen fahrenden Zug zu stoppen, und so haben die Regierungschefs der USA, Grossbritanniens und der Staaten EU-Europas eine Art interne Solidarität entwickelt – die gleiche Art von Solidarität, die kriminelle Kartelle wie die Mafia untereinander an den Tag legen. Und dennoch ist es unerlässlich, anzuerkennen, dass in der modernen Welt «Unilateralismus» nicht länger akzeptabel ist. Dass angesichts der Pandemie nur internationale Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den Staaten den gemeinsamen Feind bremsen und schliesslich besiegen können.

Mit Blick auf die Pandemie: Wäre die Aufhebung der Sanktionen für Medikamente und medizinische Ausrüstung als erster Schritt ausreichend? Welche Bedeutung haben die Sanktionen insgesamt für ein Land, das von der Pandemie betroffen ist?

Es ist ein notwendiger erster Schritt. Aber die internationale Solidarität erfordert auch, dass Länder, deren Gesundheitsinfrastrukturen durch Sanktionen sabotiert wurden, externe Hilfe erhalten. Echte humanitäre Hilfe muss jedoch unpolitisch sein, darf nicht an Bedingungen geknüpft sein und darf nicht Teil von hintergründigen geopolitischen Strategien des «Regime change» sein. Vorrang muss die Verhinderung einer weiteren Ansteckung und die unverzügliche medizinische Hilfe haben, auch mit Atemschutzgeräten, für diejenigen, die sich mit der Krankheit angesteckt haben. Priorität muss sein, jetzt Leben zu retten – die weltweite Verurteilung von Sanktionen und derjenigen Länder, die sie verhängen, muss folgen.

Welche Rolle kann die Schweiz bei der Aufhebung der Sanktionen spielen?

«Calamitas virtutis occasio.» (*Seneca*. «De Providentia», 4,6) (Unglück ist eine Gelegenheit, Mut zu beweisen.) Eine Katastrophe bietet die Gelegenheit, Tugend, Solidarität und Ethik zu zeigen.

Die Schweiz hat eine Tradition der Neutralität und eine grosse Erfahrung in der Vermittlungsarbeit. Sicherlich könnte die Schweiz die Führung übernehmen, wenn sie öffentlich eine Aufhebung der Sanktionen fordert und ihre Guten Dienste anbietet, um friedliche Lösungen zwischen Ländern, die Sanktionen verhängen, und Ländern, die darunter leiden, zu erreichen. Die Schweiz hat einen guten Ruf als ehrliche Vermittlerin und sollte diskret an die Regierung der Vereinigten Staaten herantreten und versuchen, mit den Regierungen von Kuba, Nicaragua, Venezuela, Iran, Syrien, Nordkorea usw. zu verhandeln – ein Abkommen auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts zu vermitteln.

Worauf kommt es Ihrer Meinung nach jetzt vor allem an?

Die Welt nach der Pandemie sollte eine Welt der internationalen Solidarität sein – ohne unilaterale Zwangsmassnahmen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für die internationale Gemeinschaft, die in der Uno-Charta enthaltenen Prinzipien des Multilateralismus zu bekräfti-

gen und zu fordern, dass unilaterale Zwangsmassnahmen, die Tod und Leid verursachen, vom *Internationalen Strafgerichtshof* als Verbrechen gegen die Menschheit verurteilt werden. Derzeit wird eine Untersuchung vor dem *IStGH* durchgeführt, nachdem der Aussenminister von Venezuela, *Jorge Arreaza*, den venezolanischen Fall am 13. Februar 2020 gemäss Artikel 14 des *IStGH*-Statuts der *IStGH*-Chefanklägerin *Fatou Bensouda* vorgelegt hat. *Arreaza* kündigte dies in seiner Rede vor dem UN-Menschenrechtsrat am 24. Februar 2020 an. Ich war dabei, als *Arreaza* auch auf meinen Uno-Bericht *A/HRC/39/47/Add.1* hinwies. Ich bin überzeugt, dass die US-Sanktionen gegen Venezuela ein «Verbrechen gegen die Menschheit» gemäss Artikel 7 des *IStGH*-Statuts darstellen.

In der Zwischenzeit wäre es wichtig, genaue empirische Beweise für den Zusammenhang zwischen Sanktionen und Todesfällen, zwischen Sanktionen und Covid-19 zu erhalten. Die Weltgesundheitsorganisation könnte eine Arbeitsgruppe einsetzen, die die Angelegenheit untersucht und unverzüglich einen Bericht darüber herausgibt. *Unicef* könnte eine Schätzung der Anzahl der Kinder vornehmen, die infolge von Sanktionen gestorben sind, und der Anzahl der Personen, die wahrscheinlich infolge der Unfähigkeit der Staaten, mit der Pandemie fertig zu werden, sterben werden. Die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation sollte in ähnli-

cher Weise eine Untersuchung über die negativen Auswirkungen von Sanktionen auf die Landwirtschaft und die Ernährung der Ziel-länder erstellen.

Es ist an der Zeit, dass die Generalversammlung eine Resolution gemäss Artikel 96 der Uno-Charta verabschiedet, in der die Rechtsfragen an den Internationalen Gerichtshof weitergeleitet werden und in der dringend ein Gutachten verlangt wird über:

1. die Illegalität von unilateralen Zwangsmassnahmen,
2. die Verletzungen des internationalen Menschenrechtsvertragsregimes, einschliesslich ICCPR, ICESCR und CRC,
3. die Folgen der Aufrechterhaltung von Sanktionsregimen,
4. die zivil- und strafrechtliche Haftung von Staaten und Politikern, die direkt an der Verhängung und Umsetzung der Sanktionen beteiligt sind.

Es ist ganz klar, dass die Bevölkerung leiden wird, wenn Sanktionen gegen ein Land verhängt werden. Es ist lächerlich, so zu tun, als würden die Sanktionen nur die Regierungselite betreffen. Tatsächlich leben die Regierungseliten in der Regel weiterhin recht gut. Es sind die Schwächsten – Frauen, Kinder –, die für die Folgen dieser illegalen Sanktionen bezahlen müssen.

Herr Professor de Zayas, herzlichen Dank für das Interview. •

US-Ökonomen über US-Sanktionen: erfolglos, herzlos und illegal

ev. Angesichts der Corona-Krise forderten verschiedene Länder ein Ende der unilateralen Sanktionen der USA. Auch in den USA selbst fordern Stimmen, insbesondere angesichts der weltweiten Corona-Krise, ein sofortiges Ende solcher Massnahmen. So US-Ökonomen in einer Fallstudie zu Venezuela, einer der Herausgeber auch in einem Interview, das *Amy Goodman* auf *Democracy Now* mit *Jeffrey Sachs* und dem Venezolaner *Miguel Tinker Salas*, Professor am Pomona College in Kalifornien, geführt hat. Die Forderungen zur Aufhebung der Sanktionen sind zwar anlässlich der Corona-Krise nochmals mit Nachdruck erhoben worden, die Aussagen dazu allerdings von viel grundsätzlicherer Bedeutung.

Der US-Ökonom *Jeffrey Sachs* befasst sich heute mit Gesundheitspolitik, nachhaltiger Entwicklung und fordert Schuldenerlass für extrem arme Staaten, er ist allerdings vor allem für seine neoliberalen Wirtschaftskonzepte bekannt, etwa für seine Empfehlungen zur Privatisierung und Liberalisierung im Stil einer Schocktherapie, auf Grund derer in verschiedenen Ländern, vor allem in Osteuropa, unzählige Betriebe in Konkurs gingen. Um so interessanter, dass auch von solcher Seite gefordert wird, einseitige Zwangsmassnahmen – die unilaterale Sanktionen der USA – gegen Län-

der wie Iran, Syrien, Venezuela oder Kuba unverzüglich aufzuheben.

In einem Bericht des *Center for Economic and Policy Research*, herausgegeben von *Jeffrey Sachs* und *Mark Weisbrot* unter dem Titel «Economic Sanctions as Collective Punishment: The Case of Venezuela» untersuchen sie die Folgen der US-Sanktionen auf die Verfügbarkeit von Nahrungs- und Arzneimitteln in Venezuela und wie dadurch Krankheiten und Sterblichkeit erhöht wurden. Wörtlich heisst es im Bericht: «Amerikanische Sanktionen zielen bewusst darauf ab, Venezuelas Wirtschaft zu ruinieren und dadurch einen Regime change herbeizuführen. Es ist eine erfolglose, herzlose, illegale und verfehlte Politik, die dem venezolanischen Volk schweres Leid zufügt.»

In dem anlässlich der Publikation des Berichts geführten Interview äussert sich *Jeffrey Sachs* zu den von ihnen genannten Zahlen – unter anderem 40000 Todesopfer auf Grund der Sanktionen: «Ich möchte nicht, dass jemand glaubt, dass diese Zahlen präzise sind. Sicher ist jedoch, dass es eine humanitäre Katastrophe gibt, die von den Vereinigten Staaten absichtlich herbeigeführt wurde, und zwar durch, wie ich sagen würde, illegale Sanktionen, weil sie absichtlich versuchen, eine Regierung zu stürzen, und versuchen, zum Zwecke des

Sturzes einer Regierung Chaos zu schaffen.»

Denn unabhängig von allfälligen Fehlern einer Regierung waren es die Sanktionen, welche, so *Sachs* weiter, «Venezuela in diesen katastrophalen, spiralförmigen Niedergang und die Hyperinflation getrieben haben. In unserer Presse wird immer *Maduro* dafür verantwortlich gemacht, aber die Leute schauen nicht einmal hin und verstehen nicht, wie die USA über die Instrumente der Sanktionen verfügen, die den Zugang zu den Finanzmärkten blockieren, Unternehmen in die Zahlungsunfähigkeit treiben, den Handel blockieren, die Vermögenswerte im Besitz der venezolanischen Regierung beschlagnahmen – genau zu dem Zweck und mit der Absicht, diese Art von Krise zu schaffen, denn die Vorstellung – im Denken von Leuten wie *Bolton* – ist: Wenn der Schmerz gross genug ist, dann wird es einen militärischen Umsturz geben. Sie versuchen also, eine absolute Katastrophe zu schaffen.»

Es wäre höchste Zeit, dass alle Staaten diese völkerrechtswidrigen, jeder Menschlichkeit Hohn sprechenden Massnahmen endlich beenden und ihrer Geiselnhaft aus solch widerrechtlichem Tun ein Ende setzen.

Quelle: www.democracynow.org, https://www.democracynow.org/2019/5/11/economist_jeffrey_sachs_us_sanctions_have

Corona in Russland – zwei Berichte aus dem Land

zf. Die Corona-Pandemie hat kein Land verschont. Auch Russland ist betroffen. Aber in vielen unserer Medien wurde die Linie, am Feindbild Russland festzuhalten, leider auch jetzt noch nicht korrigiert. Zwei Berichte von in Russland lebenden Deutschen helfen vielleicht, manch ein Vorurteil zu korrigieren. Die beiden Augenzeugenberichte sind vom 20. und 25. März 2020. In der Zwischenzeit hat sich auch die Situation in Russland verschlechtert, und die russische Regierung und die zuständigen regionalen und lokalen Stellen haben weitgehende Massnahmen ergriffen, die den jetzigen in unseren Ländern sehr ähneln.

Nishnij Nowgorod

Ich, Siegfried Wilhelm, lebe seit über zehn Jahren in Russland und verfolge aufmerksam die Ereignisse.

Gegen Anfang Januar dieses Jahres wurde in den Nachrichtensendungen im russischen Fernsehen von einer neuartigen möglichen Virusepidemie gesprochen, die ihren Ursprung in Wuhan hatte. Gleich darauf wurden Kontrollen an den Grenzübergängen eingerichtet: Jeder aus der Region Wuhan, später aus China allgemein ankommende Reisende wurde mit Thermokameras getestet und bei Verdacht, also bei erhöhter Körpertemperatur, in eine Isolierstation eingewiesen.

Dann wurden Übergangsstellen geschlossen, und der Flugverkehr mit China wurde binnen einer Woche komplett eingestellt. An den Flughäfen wurden Isolierräume eingerichtet, Reisende mit Infektionsverdacht wurden in Infektionskliniken eingewiesen, teils wurden diese auch erst eingerichtet, so in Sanatorien und ähnlichen Einrichtungen, unter anderem in der Region Tjumen.

Die Corona-Nachrichten nehmen gefühlt rund 75% der Nachrichtensendungen in russischen TV-Stationen ein. Wer auf sich hält, geht nur mit Mundschutz auf die Strasse, wobei diese Masken inzwischen auch rar geworden sind. Russland hatte noch im Januar eine Million Masken als Soforthilfe nach China geschickt. Das war zwar nur der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein, aber immerhin.

Was mir in der Zeit besonders aufgefallen ist: Die öffentlichen Verkehrsmittel und öffentliche Einrichtungen wie Metro-Stationen wurden mit Desinfektionsmittel behandelt. Konkret wurde in den Nachrichten gezeigt, wie Handläufe in der Moskauer Metro desinfiziert worden sind. Ich fand das ungewöhn-



Am Mittwoch, 1. April 2020, landete die russische Antonov AN 124-100 (RA-82038) am John F. Kennedy Flughafen in New York mit medizinischer Ausrüstung für die USA. Der New Yorker Fluglotse zur Begrüssung: «Romeo Foxtrot Foxtrot 8460. Heavy, we sincerely thank you for all the assistance you are bringing in», the controller said. «Have a good day.» (Bilder Russische Luftwaffe)

Russland schickt Corona-Hilfe in die USA

Russland schickt im Kampf gegen die Corona-Pandemie Hilfsgüter in die USA. Der Nachrichtenagentur *Interfax* zufolge sagte Kremlsprecher *Dmitri Peskow*, Präsident *Wladimir Putin* habe die Hilfe angesichts der schrecklichen Situation in den USA angeboten. US-Präsident *Donald Trump* habe sie angenommen. Ein Flugzeug mit medizinischer Ausrüstung

solle noch am selben Tag starten. Russland unterstützt damit zum zweiten Mal in der Corona-Krise ein Nato-Land. Zuvor hatte es bereits medizinische und personelle Hilfe nach Italien geschickt.

Quelle: <https://www.mdr.de/nachrichten/panoramalticker-corona-virus-dienstag-einunddreissigster-maerz-100.html> vom 31.3.2020

lich, es soll – laut den Nachrichten – auch bei den Bussen usw. geschehen sein, allein, ich kann es nicht bestätigen, denn ich habe es selbst nicht gesehen.

Ansonsten sind die Massnahmen gegen die Verbreitung des Virus regionale Angelegenheit. Die Gouverneure der einzelnen Oblaste bzw. Regierungschefs der Republiken haben vor Ort zu entscheiden, was zu tun ist. Am 16. März 2020 wurde im Fernsehen berichtet, dass bei der Regierung ein Expertenteam gegründet worden ist, zu dem Fachärzte, föderale und regionale Vertreter des Gesundheitswesens und andere Fachleute gehören. Etliche Regionen, in denen es zu Infektionen gekommen ist, wurden zu Schwerpunktgebieten erklärt, wozu übrigens auch Nishnij Nowgorod wegen eines aus Italien «importierten» Falles gehört. Besser übertrieben viel tun als nur etwas zu wenig. Der Erfolg gibt dieser Politik recht: Bei uns in Nishnij Nowgorod gibt es zurzeit nur zwei Infektionsfälle, davon kam einer aus Italien zurück, einer aus Deutschland.

Insgesamt waren es in Russland über mehrere Wochen hinweg ganze zwei Dutzend Infizierte, in dieser Woche gab es einen gewaltigen Anstieg, so dass zurzeit von 219 Betroffenen geredet wird, bis dato ein Todesfall (Stand 17. März 2020). Die Zunahme der Infizierten hat konkrete Ursachen – nach wie vor betrifft es Rückkehrer aus dem Ausland, in erster Linie Urlauber aus Österreich, speziell Tirol, oder aus anderen Alpenregionen, speziell Courchevel – dem Wintersportparadies derjenigen, die nicht zur untersten Schicht der Bevölkerung gehören. Die Rückkehrer werden aufgefordert, für 14 Tage in Quarantäne zu Hause zu bleiben, was, bis auf Ausnahmen, allgemein eingehalten wird.

Versorgungsgespässe gibt es – trotz einiger Unkenrufe – nicht.

Inwiefern militärisches Sanitätspersonal in die Aktionen gegen das Virus eingebunden ist, wie von Bekannten angedeutet, kann ich nicht sagen. Ausgeschlossen ist es keinesfalls, aber das muss jeweils vor Ort entschieden werden. Wer jetzt aus China oder den Ländern der EU und Skandinaviens (Schweiz auch) nach Moskau einreist (das geht nur noch über den Flughafen Scheremetjewo, der Bahnverkehr ist eingestellt), muss zunächst für zwei Wochen in Quarantäne, die notfalls auch zu Hause erfolgen kann. Schulen und Universitäten sind bis

Fortsetzung auf Seite 4

Sicherheit der digitalen Umgebung in Zeiten des Fernunterrichts für Kinder unter 18 Jahren

So sieht man es in Russland

Das Wissenschaftliche Forschungszentrum für Kindergesundheit im russischen Gesundheitsministerium hat in Zusammenarbeit mit dem Russischen Komitee zum Schutz vor Nicht-Ionisierender Strahlung Empfehlungen für den Umgang mit digitalen Medien in Zeiten des Fernunterrichts herausgegeben.*

Die Richtlinien für den Fernunterricht zu Hause mit zeitlicher Begrenzung des Schulbesuchs sind gedacht für Kinder und ihre Eltern, Grosseltern und alle, die Kindern während einer Zeit der erzwungenen Einschränkung in der Schule und anderen Bildungseinrichtungen helfen, zu Hause digital zu lernen.

1. Für Kinder unter 18 Jahren, die zu Hause im Fernlernmodus arbeiten, wird empfohlen, hauptsächlich Personalcomputer und Notebooks zu verwenden, die über ein verkabeltes Netzwerk mit dem Internet verbunden sind. Bei Verwendung eines drahtlosen Netzwerks sollte die Entfernung vom WiFi-Punkt zum Arbeitsplatz mindestens 5 Meter betragen.
2. Die Computertastatur (Notebook) sollte täglich vor Arbeitsbeginn mit einem Antiseptikum desinfiziert werden. Der Monitor am Arbeitsplatz sollte auch mit einem antiseptischen Mittel behandelt werden.
3. Vor der Benutzung der Tastatur sollten sich sowohl das Kind als auch der Erwachsene, der ihm hilft, die Hände waschen.

4. Um das Risiko von Sehstörungen und Störungen des Bewegungsapparates zu verringern, ist es notwendig, dem Kind einen bequemen Arbeitsplatz für die Arbeit am Computer (Laptop) zu bieten (die Höhe von Tisch und Stuhl sollte der Sitzhöhe des Kindes entsprechen). Die Helligkeit des Bildschirms ist richtig einzustellen.
5. Die Hauptlichtquelle am Arbeitsplatz des Kindes sollte sich an der Seite des Bildschirms befinden (nicht auf der Rückseite des Bildschirms und nicht auf der Rückseite der Person, die mit dem Bildschirm arbeitet). Die Helligkeit der Quelle sollte ungefähr der Helligkeit des Bildschirms entsprechen.
6. Die Verwendung von Tablets für den Fernunterricht zu Hause ist für Teenager über 15 Jahre erlaubt. Waschen Sie vor der Verwendung der Tablets Ihre Hände und wischen Sie den Bildschirm mit einem Desinfektionsmittel (feuchtes Tuch) ab. Der Standort des WiFi-Punktes muss mindestens 5 Meter vom Arbeitsplatz des Schülers entfernt sein. Das Tablet sollte auf einem Tablett in einem Winkel von 30 cm platziert werden, der Abstand vom Bildschirm zu den Augen des Schülers sollte mindestens 50 cm betragen. Laptop oder Tablet sollten nicht auf dem Schooss des Schülers, in den Händen, im Liegen oder ähnlichem verwendet werden.
7. Für alle Altersgruppen unter 18 Jahren ist es notwendig, die Nutzung von Smartpho-

- nes zu Bildungszwecken (Lesen, Informationsbeschaffung) völlig auszuschliessen.
8. Für alle Alterskategorien wird empfohlen, vor allem gedruckte Bücher sowie Notizbücher zum Lesen und zur Aufgabenausführung zu verwenden.
9. Kinder unter 6 Jahren sollten auf die Nutzung von Computerausrüstung für Bildungszwecke zu Hause völlig verzichten.
10. Es wird empfohlen, den häuslichen Einsatz von Computern für Bildungszwecke für Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren zu minimieren. Wenn es notwendig ist, sollte die Gesamtdauer aller Bildschirmaktivitäten für Kinder dieser Altersgruppe 2 Stunden pro Tag (einschliesslich Fernsehen) nicht überschreiten. Der Zeitplan sollte «eins zu drei» für die Altersgruppe 6 bis 8 Jahre sein (30 Minuten Ruhezeit für je 10 Minuten Arbeit) und «eins zu zwei» für Kinder von 8 bis 12 Jahren (20 Minuten Ruhezeit für je 10 Minuten Arbeit).
11. Kindern im Alter von 12 bis 18 Jahren wird empfohlen, Computer wie folgt zu benutzen: «eins zu zwei» für Kinder über 12 und unter 15 Jahren (für je 30 Minuten Arbeit 60 Minuten Ruhe) und «eins zu eins» für Kinder über 15 und unter 18 Jahren (für je 45 Minuten Arbeit 45 Minuten Ruhe). Die Gesamtdauer aller Bildschirmaktivitäten für Kinder in dieser Altersgruppe, einschliesslich des Fernsehens, sollte 3,5–4 Stunden pro Tag nicht überschreiten.

12. Um der visuellen Ermüdung vorzubeugen, ist es notwendig, in der Pause eine Augen-gymnastik durchzuführen; um der allgemeinen Ermüdung entgegenzuwirken sind Auflockerungen (Neigungen, Körperdrehungen, Kniebeugen usw.) nötig.
13. Gegebenenfalls sollte die Verwendung von Kopfhörern beim Dauerbetrieb beschränkt werden: nicht mehr als eine Stunde bei einer Lautstärke von nicht mehr als 60%.
14. Es ist notwendig, den Raum, in dem der Unterricht stattfindet, vor Beginn des Unterrichts (mindestens 15 Minuten) und nach jeder Arbeitsstunde zu lüften.
15. Verwenden Sie keine Tablets und Smartphones für Bildungszwecke im Freien (im Park, auf dem Spielplatz und an ähnlichen Orten).

* Diese Empfehlungen wurden auf der Grundlage der Daten aus dem Programm der multizentrischen Forschung über die Bereitstellung sicherer digitaler Bildungstechnologien für Kinder, Materialien des Forschungsinstituts für Kindergesundheit und Gesundheitsschutz «NICH Kindergesundheit» und des «Russischen Nationalkomitees für den Schutz vor Nicht-Ionisierender Strahlung» sowie unter Verwendung der Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation und der weltweit besten Praktiken zur Hygiene der digitalen Bildungsumgebung für Kinder entwickelt.

Russische Quellen: <http://www.emf-net.ru/index.php?id=210>; <https://niigd.ru/news/bezopasnost-cif-rovoj-sredy-v-usloviyax-distancionnogo-obucheniya-detej-do-18-let.html>
Übersetzung ins Deutsche: <https://www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1544>

Gegenseitige Hilfe – auch im Notfall unabdingbar

von Kathrin und Dr. Peter Küpfer P.

Die Corona-Pandemie hat grundlegende positive Kräfte von uns Menschen aktiviert. Angesichts der Notlage häufen sich Beispiele, dass und wie der Mensch dem Menschen hilft.

Zu diesem Aufschwung der mitmenschlichen Solidarität in Zeiten der Bedrohung passt die Massnahme schlecht, einen Teil der Bevölkerung von der uneingeschränkten medizinischen Hilfe im Notfall auszuschliessen. Wie aus Zeitungsmeldungen der letzten Tage zu erfahren war, wurde dies, hervorgehoben wohl durch die extreme Notlage, Praxis in einem von der Krise bis an die Grenze des Möglichen ausgeschöpften regionalen Spital in Frankreich. Dort sollen über 80jährige schwer an Covid-19 erkrankte Patienten seit dem 21. März nicht mehr beatmet werden, sondern palliativ «sterbebegleitet». Die zuständige Ethikkommission, so heisst es in den Berichten, habe dieses Vorgehen gebilligt. Die *Deutsche Stiftung Patientenschutz* kritisierte dieses Vorgehen nach dem Alterskriterium scharf. Lebensalter oder Herkunft dürften für die medizinische Hilfe keine Rolle spielen, sagte Vorstand *Eugen Brysch*.¹

Grundsätzlich haben sich Gesetze und Anordnungen der Regierung eines demokratischen Staates immer an seiner Hauptaufgabe zu messen: seinen Bürgern ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Menschenwürde zu garantieren. Allen Bürgern, ohne Ausnahme. So wie die Schule für alle da ist, die öffentlichen Verkehrsmittel und die Grundversorgung mit Wasser und Strom, so ist auch das Gesundheitswesen für alle da. In der Demokratie lebt das Prinzip der Solidarität, auch angesichts von Notlagen, sonst ist es um die wirkliche Demokratie schlecht bestellt. Dazu gehört, dass man jeden einzelnen Fall individuell betrachtet und versucht, ihm menschlich gerecht zu werden. «Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen» betitelte *Erika Vögeli* ihren Leitartikel in der letzten Ausgabe von *Zeit-Fragen*. Sie erinnerte darin zu Recht an den Geist, der unserer Verfassung zugrunde liegt.

Wenn man das in der Schweiz zum Prinzip machte, gerade alten Menschen die medizinische Versorgung nur bedingt zu garantieren, widerspräche das diesem Geist. Menschen, die heute 80 Jahre alt sind und darüber, haben als Kind noch die entbehrrungsreiche Zeit des



Eine 101jährige Frau, die mit dem Coronavirus infiziert war, hat sich erholt und wird bald aus dem Krankenhaus entlassen. «Sie ist eine tapfere Frau», beschreibt ein Lungenspezialist des Krankenhauses. Es sei wunderbar zu sehen, «wie sie sich an die Regeln des Lebens hält». Sie mache ihren Ellbogen sauber und bestehe darauf, dass ihre Besuche im angemessenen Abstand von ihr bleiben. (Bild zvg)

Zweiten Weltkriegs erlebt, haben nachher den Wohlstand unseres Landes wieder neu geschaffen und in den Jahren der Hochkonjunktur getragen und gefestigt. Die meisten von ihnen mit harter Arbeit und in ihrer Mehrzahl mit einer bescheidenen Lebensführung. Sie haben dabei dem Staat gegeben, was er benötigte, unter anderem mit ihren regelmässig erbrachten Steuern. Sie nun quasi als «Drohnen» unseres Wirtschaftssystems und als «Last» zu sehen und zu behandeln wäre inakzeptabel. Diese Generation muss man nicht lange zur Solidarität ermahnen, sie wurde ihnen durch Erziehung, Schule und Lebensstil als Teil ihrer Persönlichkeit mitgegeben. Deshalb haben gerade unsere älteren Mitbürger ein Anrecht, ihrerseits die Solidarität in Anspruch zu nehmen. Sie haben uns oft zu Recht gemahnt, sorgsamer und bescheidener zu leben. Das afrikanische Sprichwort hat auch bei uns seine Berechtigung: «Wenn ein alter Mensch stirbt, stirbt eine Bibliothek.»

Die Solidarität muss aber überall spielen. Der «Ruck zur Besinnung», den die Schwei-

zer Bundespräsidentin *Simonetta Sommaruga* kürzlich von allen Schweizern eindringlich eingefordert hat, muss auch den Geist der Verordnungen prägen, welche die Verantwortlichen erlassen. Solidarität heisst nicht nur, sich Anordnungen zu fügen. Es heisst viel mehr.

Der letztes Jahr mit allen Ehren begrabene Schweizer Arzt *Beat Richner* hat durch sein lebenslanges Engagement im fernen Kambodscha gezeigt, was einem einzelnen Menschen möglich ist. Sein Beispiel hat gezündet. Er hat mit einfachen Mitteln, unter Einbezug der Angehörigen, Leben gerettet und die Versorgung auf einem hohen menschlichen und medizinischen Niveau garantiert. Er hat dabei die Schwächsten ins Zentrum seiner Bemühungen gestellt, vom Krieg und seinen katastrophalen gesundheitlichen Nachzeitwirkungen gezeichnete kambodschanische Kinder. Er hat unter anderem versucht, von den namhaften Pharmakonzernen dringend benötigte Medikamente zu einem Rabbattpreis zu erhalten, weil er mit seinen Spitälern nicht Gewinne machen, sondern helfen

wollte – vergeblich. Dann hat sich Richner an die Solidarität der Schweizer Bevölkerung gewendet und war über all die Jahre damit erfolgreich. Zu seinem Erfolg gehörte auch, dass *Beat Richner* seine Patienten nicht abgesehen hat. Ihre Familien waren da, haben ganz selbstverständlich mit ihren erkrankten Angehörigen, meistens Kindern, gelebt, für sie gekocht, mit ihnen viel Zeit verbracht, bei der Behandlung wenn möglich mitgeholfen.

Wir sind nicht in Kambodscha. Unsere gesundheitliche Bedrohung ist, anders als dort, auch nicht eine Kriegsfolge. Aber das Wissen, dass der kranke Mensch vor allem Anteilnahme und Mitmenschen braucht, nicht nur Fachleute und Apparaturen, gilt auch für uns. Der kranke Mensch ist Mitmensch, er kann in vielen Fällen auch selbst viel mehr zu seiner Gesundheit oder Genesung beitragen, als wir denken. Auch im Falle der gegenwärtigen Bedrohung liegen hier zu wenig genutzte Möglichkeiten.

Menschen denken mit. Bei einem schweren Autounfall beatmet man den Atemlosen. Dies galt auch zu Zeiten der HIV-Infektion als selbstverständlich, und man hat sich entsprechend vorsichtig verhalten. Menschen, die krank sind, brauchen vor allem eines: mitmenschliche Anteilnahme. Letztwillige Verfügungen mit Verzicht auf diese und jene Therapie schaffen keine Zuversicht, sondern die ärztliche Ermutigung, dass das Atmen wieder leichter wird, dass die Krise zu überwinden ist. Die maschinelle Intervention ist ein anonymer Notbehelf, im Spital von grosser Bedeutung. Aber die Genesungsenergie erwächst aus der Verbundenheit, der Zuversicht, dass uns um unseres Menschseins Willen geholfen wird. Ob der Tod eintritt, sollen, dürfen und wollen wir Menschen nicht entscheiden, das ist nicht unsere Aufgabe, Gott sei Dank. Ein Patient bleibt Angehöriger, Freund, Nachbar, Mitarbeiter und Mitbürger. Wenn wir dieses Prinzip vertiefen lernen, sind auch einfachere Hilfsmittel eine Entlastung für alle. Hauptsache: Wir helfen mit! Die Corona-Krise macht dies in vielen Einzelheiten bewusst. Das ist eine Chance für uns alle. •

¹ Bericht aus dem *Elsass*: Patienten über 80 werden nicht mehr beatmet; in: *Tages-Anzeiger*, Corona-Ticker-International vom 26.3.2020 (www.tagesanzeiger/corona-ticker-international)

«Corona in Russland – zwei Berichte ...»

Fortsetzung von Seite 3

zum 12. April geschlossen, Kindergärten arbeiten mit verminderter Kapazität. Dort werden nur Kinder von Leuten aufgenommen, die in sozialen Schwerpunktbereichen zu tun haben (medizinischer Bereich, Pflegepersonal, Bus-/Tramfahrer). Die Läden sind normal geöffnet und normal gefüllt.

*Siegfried Wilhelm,
Nishnij Nowgorod, 20. März 2020*

St. Petersburg

In Russland geht das Leben noch immer weitgehend seinen gewohnten Gang. Zwar sind Theater geschlossen, Konzerte und Sportveranstaltungen abgesagt und Versammlungen von mehr als 50 Menschen verboten, aber ansonsten merkt man in Russland im Alltag kaum etwas von dem Virus. Russland hat bei fast 200000 durchgeführten Tests nur knapp 650 Infektionen. Das liegt in erster Linie daran, dass Russland sehr schnell reagiert und unter anderem seine Grenzen geschlossen hat. Aus dem Ausland heimkehrende Russen (Russland hat in den letzten zehn Tagen mit Sonderflügen über 40000 Russen aus dem Ausland nach Hause geholt) müssen zwei Wochen in häusliche Quarantäne.

Aber nun steigt die Zahl der Infizierten auch in Russland immer schneller. Waren es gestern noch unter 500, sind es heute schon über 650. Zur Erinnerung: Als Deutschland Anfang März diese Zahl an Infizierten hatte, gab es noch praktisch keine Massnahmen der deutschen Regierung. Übrigens hat Russland heute auch die ersten zwei Todesfälle durch das Corona-Virus gemeldet.

Heute hat Präsident *Putin* sich in einer Fernsehansprache an die Russen gewandt und

die Massnahmen verkündet, die ab Samstag, 28.3.2020, in Russland gelten werden. Dazu gehört auch, dass die Volksabstimmung über die geplante Verfassungsreform, die Ende April stattfinden sollte, auf unbestimmte Zeit verschoben wird.

Ab Samstag wird die Arbeit in Russland weitgehend eingestellt, es gelten Regeln wie an Feiertagen, das bedeutet, dass die Menschen nicht zur Arbeit gehen, aber das Gehalt weitergezahlt wird. Allerdings werden Geschäfte, Banken, Versicherungen, Behörden und der ÖPNV weiter arbeiten.

Die Regelung gilt vom 28. März bis zum 5. April 2020, wobei ich aber davon ausgehe, dass sie dann – je nach Entwicklung der Neuinfektionen – verlängert oder sogar verschärft wird.

Putin macht sich auch keine Illusionen, dass Russland von der Epidemie verschont bleibt. Er sagte es ganz deutlich: «Die arbeitsfreien Tage sind mit dem Ziel beschlossen worden, die Verbreitung der Krankheit zu verlangsamen.»

Auch in Russland ist man sich darüber klar, dass man die Krankheit nicht aufhalten, sondern ihre Verbreitung höchstens hinauszögern kann. Übrigens ist es bemerkenswert, dass ich in Russland noch keine leeren Regale in den Geschäften gesehen habe. Es gibt zwar entsprechende Videos aus Russland, aber ich war gestern einkaufen, und zumindest in meinem Supermarkt um die Ecke war alles vorhanden, die Regale waren voll.

In seiner Ansprache hat *Putin* ein Programm zur Unterstützung von Menschen und Wirtschaft angekündigt. So sollen alle Sozialleistungen, die die Menschen erhalten, pauschal um sechs Monate verlängert werden, ohne dass man dafür die üblichen Anträge oder Dokumente vorlegen muss. Ausserdem

soll für drei Monate eine Art Sonderkindergeld in Höhe von 5000 Rubel (etwa 60 Euro) monatlich ausgezahlt werden. Und auch die von *Putin* im Januar angekündigte Erhöhung der Familienförderung, die ab Juli ausgezahlt werden sollte, wird nun um einen Monat vorgezogen und schon ab Juni ausbezahlt. Da diese Gelder rückwirkend ab Januar bezahlt werden, bekommen Familien mit Kindern im Juni eine durchaus ansehnliche Summe ausbezahlt.

Ausserdem soll das Krankengeld nun anders berechnet und erhöht werden. In Russland wird Krankengeld mit einer Formel berechnet, in die die Höhe des Lohnes und die Berufsjahre einfließen, was dazu führt, dass das Krankengeld für junge Leute oft sehr niedrig ist. Das soll nun erhöht werden und darf nicht mehr unter dem Mindestlohn liegen. Auch das Arbeitslosengeld wird um die Hälfte erhöht, da in diesen Tagen auch in Russland Leute den Job verlieren und es natürlich zumindest im Moment fast unmöglich ist, eine neue Arbeit zu finden.

Auch bei Krediten wird es Hilfen geben. Wenn das Einkommen eines Menschen um 30 oder mehr Prozent zurückgeht, sind die Banken angewiesen, die Raten für Kredite zu stunden. Das gilt für jede Art von Privatkrediten, seien es Konsumentenkredite oder Hypotheken.

Kleine und mittlere Unternehmen müssen sechs Monate lang ausser der Mehrwertsteuer keine Steuern abführen. Gleiches gilt für die Beiträge zur Sozialversicherung, die in Russland – anders als in Deutschland – alleine der Arbeitgeber zahlt. Zusätzlich werden die Beiträge zu den Sozialversicherungen pauschal halbiert, bisher betragen sie 30%, ab sofort nur noch 15%. Diese Massnahme gilt unbefristet. Um zu verhindern, dass Firmen wegen der Krise pleite gehen, sollen für

sechs Monate keine Aussenstände gerichtlich eingetrieben werden dürfen.

Aber Russland nutzt die Situation auch, um andere Steuern zu erhöhen. Es geht dabei um Gelder, die in Form von Dividenden und Gewinnausschüttungen aus Russland abfliessen. Darauf wurden bisher nur zwei Prozent Steuern fällig. In Russland beträgt die Einkommenssteuer pauschal 13%, daher soll auf Gewinne, die ins Ausland transferiert werden, ab sofort eine 15%ige Steuer fällig werden. Das berührt jedoch in vielen Fällen Doppelbesteuerungsabkommen mit anderen Ländern. *Putin* sagte dazu: «Sollten unsere ausländischen Partner unsere diesbezüglichen Vorschläge nicht annehmen, steigen wir aus den Doppelbesteuerungsabkommen mit diesen Ländern aus.»

Zur zweiten neuen Steuer sagte *Putin*: «In vielen Ländern der Welt unterliegen die Zinserträge von Einzelpersonen aus Bankeinlagen und Wertpapieren der Einkommensteuer. Wir besteuern solche Einkünfte nicht. Ich schlage vor, für Bürger, deren Gesamtvolumen von Bankeinlagen oder Investitionen in Schuldverschreibungen eine Million Rubel (etwa 12500 Euro) übersteigt, eine Steuer auf Zinserträge von 13% festzulegen. Das heisst, ich wiederhole es, nicht der Beitrag selbst, sondern nur die Zinsen, die aus solchen Investitionen erhalten werden, werden als Einkommen von Einzelpersonen besteuert.» Die Mehreinnahmen aus diesen Massnahmen sollen zur Gegenfinanzierung der Sozialleistungen herangezogen werden.

*Thomas Röper,
St. Petersburg, 25. März 2020*

Quelle des zweiten Textes: <https://www.anti-spiegel.ru/2020/fernsehansprache-von-putin-zum-coronavirus-welche-massnahmen-die-russische-regierung-ergreift/> vom 25.3.2020

«Wenn es drauf ankommt, sitzt man zusammen und löst die Probleme»

Unbürokratische und rasche Unterstützung für Unternehmen und Erwerbstätige

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Es herrscht Ausnahmezustand – in der Schweiz ebenso wie in vielen anderen Staaten. Der Schutz der Bevölkerung und die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Spitäler haben selbstverständlich erste Priorität. Aber es ist auch Aufgabe des Staates, alles Menschenmögliche zu tun, damit die Betriebe sich heute über Wasser halten und später wieder erholen können, dass die Arbeitsplätze hinübergerettet werden und dass Arbeitslose unterstützt werden, bis sie wieder ins Erwerbsleben zurückkehren können. Auch diese anspruchsvolle Aufgabe nimmt der Bundesrat mit bemerkenswertem Elan in Angriff.

Wir Rentner müssen uns bewusst sein, dass wir privilegiert sind. Die AHV und die Pensionskassen-Renten sind gesichert, so war kürzlich in den Radionachrichten zu hören. Anders geht es den Mitbürgern, die im Erwerbsleben stehen. Ihnen gilt heute die besondere Sorgfalt des Bundesrates, in Zusammenarbeit mit vielen Ämtern und Institutionen im Land. Es ist beeindruckend, wie schnell und unbürokratisch in der Schweiz staatliches Handeln möglich ist, wenn's drauf ankommt. Die neuen Massnahmen im Bereich der Wirtschaft sollen hier zusammenfassend dargestellt werden.

Am 20. März 2020 hat der Bundesrat zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie ein umfassendes Massnahmenpaket in der Höhe von 32 Milliarden Franken beschlossen. Zusammen mit den bereits am 13. März beschlossenen Massnahmen stehen damit insgesamt über 40 Milliarden Franken zur Verfügung. Zur raschen

Parlament will mitreden – Sondersession vom 4.–8. Mai 2020 in der «Bernexpo»

mw. Der Nationalrat und der Ständerat haben ihre Frühjahrsession vorzeitig nach zwei Wochen abgebrochen, weil die Durchführung der dritten Woche (ab 16. März) in den eng bestuhlten Ratssälen zu riskant gewesen wäre. Die Sondersession findet erst vom 2.–19. Juni statt. Damit das Parlament seinen verfassungsmässigen Beitrag zur Überwindung der Krise leisten kann, haben am 25. März 28 Ständeräte (von 46) eine ausserordentliche Session beantragt. Dies sei kein Misstrauen gegenüber dem Bundesrat, so Ständerat **Andrea Caroni** (FDP, AR): «Vielleicht kommt das Parlament aber auch zum Schluss, dass es keine anderen als die bundesrätlichen Massnahmen braucht.»¹ Auch der Bundesrat hat eine ausserordentliche Session beantragt.

Diese wird nun vom 4.–8. Mai stattfinden, aber nicht im Bundeshaus, sondern in der «Bernexpo», dem Messe- und Ausstellungsgelände in Bern. In der Medienmitteilung vom 26. März wird festgehalten: «Der Standort der Bernexpo erlaubt es, die geltenden Verhaltens- und Hygienevorschriften des Bundesamtes für Gesundheit während der Ratsdebatten einzuhalten.» Das Parlament wird die nachträgliche Genehmigung der vom Bundesrat beschlossenen Nachtragskredite diskutieren und eventuell weitere Massnahmen beschliessen.²

¹ Fluri, Lucien. «Ständeräte beantragen ausserordentliche Parlamentssession». In: St. Galler Tagblatt vom 26.3.2020
² «Corona-Krise: Das Parlament tagt Anfang Mai in der Bernexpo.» Medienmitteilung des Parlaments vom 26.3.2020

und unkomplizierten Umsetzung des Pakets wurden bereits am 25. März die notwendigen Beschlüsse gefasst. Die Stellungnahme von Bundesrat **Ueli Maurer** lesen Sie unten. Hier die wichtigsten Neuerungen:

Zahlungsaufschub und Kredite für Unternehmen: Faszinierendes Tempo

Den betroffenen Unternehmen kann für die Beiträge an die Sozialversicherungen ein vor-

übergehender, zinsloser Zahlungsaufschub gewährt werden. Für dem Bund geschuldete Steuern (zum Beispiel Mehrwertsteuer, Zölle) kann die Zahlungsfrist ohne Verzugszins bis zum 31.12.2020 erstreckt werden.¹

Vor der Krise gut aufgestellte KMU haben Anspruch auf sofortige Überbrückungskredite. Die Nationalbank (SNB) versorgt die Banken mit Geld, diese gewähren den Unternehmen Kredite in der Höhe von bis zu

10% ihres Umsatzes, der Bund übernimmt die Bürgschaft bis insgesamt 20 Milliarden Franken. Der Bundesrat wird beim Parlament den dazu notwendigen dringlichen Verpflichtungskredit beantragen.² Diese und andere Notmassnahmen werden in der ausserordentlichen Session im Mai debattiert werden (siehe nebenstehender Kasten «Parlament will mitreden»).

Und nun das Faszinierende: Die Eckpunkte dieses anspruchsvollen Programms wurden vom Bundesrat am 20. März mit einer Notverordnung festgelegt. Bereits am 25. März, das heisst fünf Tage später (!), trat der Chef des Finanzdepartements, Bundesrat **Ueli Maurer**, vor die Medien, gemeinsam mit dem Präsidenten der SNB, dem Direktor der Finanzmarktaufsicht (**Finma**) und dem Präsidenten der Zürcher Kantonalbank (ZKB) als Vertreter der Banken. Sie gaben bekannt, dass sie in dieser kurzen Zeitspanne die praktische Umsetzung der Regelung möglich gemacht haben. Jeder von ihnen – und zahlreiche Helfer im Hintergrund – haben ihren Teil dazu beigetragen, damit die Kredite ab dem 26. März (dem nächsten Tag!) bei einer der 300 beteiligten Banken bezogen werden können. – Genaueres dazu lesen Sie in der Stellungnahme von Bundesrat **Ueli Maurer**.

«Ich glaube, das ist wirklich nur bei uns möglich, dass man das in so kurzer Zeit zusammenführen kann, und die Initiative der Banken ist wirklich grossartig. Das zeigt einfach, wir haben ein funktionierendes System,

Fortsetzung auf Seite 6

«Es ist einfach schön, wie sich die Leute hier beteiligen und engagieren»

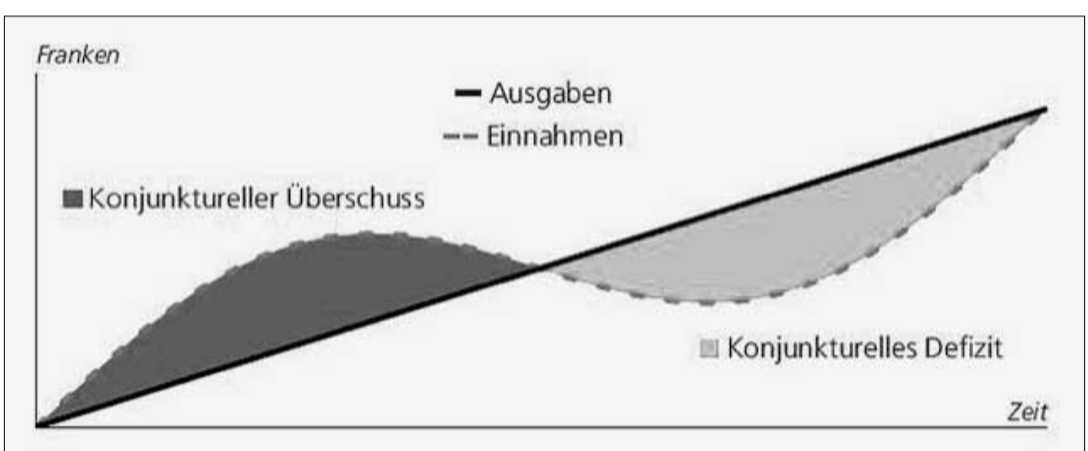
Stellungnahme von Bundesrat Ueli Maurer an der Medienkonferenz vom 25. März 2020

mw. Am Freitag, 20. März 2020, hat der Bundesrat Eckwerte verabschiedet für ein Liquiditätshilfe-Programm für die Unternehmen in Form von Bürgschaften, die der Bund übernimmt. Fünf Tage später stellte Bundesrat **Ueli Maurer**, Chef des Finanzdepartements, die finanziellen Massnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft vor. Seine Ausführungen an der Medienkonferenz vom 25. März geben im Original am besten wieder, worum es inhaltlich geht und wie wichtig die bündige Zusammenarbeit aller in dieser Zeit ist.



Ueli Maurer (Bild zvg)

Bundesrat **Maurer**: «Der Bund stellt 20 Milliarden Kredite zur Verfügung für Bürgschaften. Es geht darum, ein Gleichgewicht zu finden zwischen der Wirtschaft und dem Finanzplatz, damit das auch geleistet werden kann. Das ist viel mehr als nur Geld verteilen, da geht es darum, die Finanzierung sicherzustellen, daher sehen Sie hier die Nationalbank [zeigt auf SNB-Präsident **Thomas Jordan** auf dem Podium], da geht es darum, die Aufsicht sicherzustellen [weist auf **Marc Branson**, Direktor der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht **Finma**], und es geht darum aufzuzeigen, wie dieses Geld verteilt werden soll [deutet auf **Martin Scholl**, Präsident der ZKB, als Vertreter der Banken]. Nach dem letzten Freitag habe ich Mails erhalten von Bürgern, die gesagt haben: «Sie haben geblüfft, ich war auf der Bank, dort hat man mir gesagt: In Bern haben sie den Kopf verloren, das geht mindestens vier Wochen, bis wir in der Lage sind, auf solche Gesuche einzutreten.» Nun, wir haben über das ganze Wochenende gearbeitet, wirklich im 18-Stunden-Rhythmus, einerseits die Verwaltung, unsere Juristen, andererseits die Banken, und wir haben heute die Verordnung verabschiedet, mit allen Details, die notwendig sind, damit man morgen diese



Die Schuldenbremse regelt die Ausgaben. Diese dürfen über einen Konjunkturzyklus hinweg nicht grösser sein als die Einnahmen. (Bild © EFD/DFP)

Kreditgesuche stellen kann und damit das funktioniert.»

Gemeinsam zügig voran

Bundesrat **Maurer** fährt fort: «Wenn in der Schweiz am Sonntagmorgen alle CEO und alle Verwaltungsratspräsidenten von 300 Banken an einer Telefonkonferenz beteiligt sind, dann sehen Sie, wie ernst man das nimmt und wie man eben in der Schweiz zusammenarbeitet. Ich glaube, das ist der grosse Unterschied. An anderen Orten ist man bereit, einmal einen grossen Betrag in die Runde zu werfen. Wir liefern ein paar Tage später die Details nach, wie man das verteilt, wie man das kontrolliert.

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken für die Arbeit, die bei uns in der Verwaltung geleistet wurde, bei der Nationalbank, der **Finma** und vor allem auch bei den Banken. [...] Das zeigt einfach, wir haben ein funktionierendes System, und wenn es drauf ankommt, dann sitzt man zusammen und löst die Probleme.

Wie sieht das Paket aus? Es orientiert sich an dem, was der Bundesrat letzte Woche beschlossen hat. Es gibt Bürgschaftskredite bis 500'000 Franken, die werden ohne grosse Prüfung grundsätzlich sofort gewährt und ausbezahlt. Der Zinssatz auf diesen Darlehen bis 500'000 Franken ist 0 (null), und es gibt keine Gebühren. Auch das ist eine Leistung der Banken, die sich hier eingesetzt haben: Leute, die

einen Bürgschaftskredit bekommen, bezahlen keinen Zins. Der zweite Topf, den wir angekündigt haben, geht von 500'000 bis 20 Millionen, da wird ein Zinssatz von 0,5% berechnet, weil es mehr Abklärungen und mehr Betreuung braucht. Die Messgrösse ist der Umsatz, damit wir alle möglichst gleich behandeln. Da fallen Startups weg, die noch keinen Umsatz haben, noch keine längere Zeit im Geschäft sind, dafür haben wir ebenfalls eine Lösung in der Verordnung vorgesehen, so dass auch ganz junge Firmen, die schon Schwierigkeiten haben, in den Genuss einer Bürgschaft kommen, indem man eine Schätzung vornimmt.»

Gegenseitiges Vertrauen zwischen Bevölkerung und Staat als bestes Mittel gegen Missbrauch

«Die Frage, die am meisten gestellt wird», so **Ueli Maurer**, «ist die nach dem Missbrauch: «Was macht ihr denn, wenn jemand kommt und etwas will und keinen Anspruch hat?» In dem Moment, wo jemand ein Gesuch unterschreibt, nimmt er davon Kenntnis, dass er mit einer Busse bis 100'000 Franken bestraft werden kann, wenn er falsche Angaben macht. Ich gehe davon aus, dass Leute, die eine Firma haben, die ihr ganzes Vermögen in diese Firma gesteckt haben, auch so ehrlich sind, dass sie den Staat nicht über den Tisch ziehen wollen. Wir wollen das ja auch nicht. Wir öffnen sofort alle Möglichkeiten für Sie, und da ist der Missbrauch praktisch

ausgeschlossen, davon bin ich grundsätzlich überzeugt.

Soweit ganz grob das Konzept dieser Verordnung. Es ist ein Paket, 20 Milliarden, eine Soforthilfe. Das ist wahrscheinlich nicht das Ende der Fahnenstange. Es gibt grössere Unternehmen, die möglicherweise Liquiditätsprobleme haben werden. Das ist auf unserem Radar, das prüfen wir, und die Frage der Härtefälle, die nicht mit einer Bürgschaft gelöst werden können, ist ebenfalls auf unserem Radar. Diese Dinge werden wir weiter prüfen und Schritt für Schritt weiter angehen.

Es ist herrlich, nebenbei, hier bei uns zu arbeiten. Wir erhalten täglich Vorschläge aus der Bevölkerung, von Kantonen, von Leuten, von Hand geschrieben, gezeichnet, Konzepte, wie man es auch noch machen könnte. Es ist einfach schön, wie sich die Leute hier beteiligen und engagieren.

Wir zeigen Ihnen dieses Gleichgewicht auf zwischen der Wirtschaft und dem Finanzplatz: Was ist zu tun, damit das, was wir jetzt lancieren, auch langfristig und nachhaltig ist? Dass es sowohl in der Wirtschaft Wirkung entfaltet, ohne den Finanzplatz über Gebühr zu belasten.»

Diese schwierige Phase gemeinsam meistern

Zum Abschluss noch ein Zitat aus der Stellungnahme des Präsidenten der Generaldirektion ZKB, **Martin Scholl**:

«Ankündigungen gibt es viele rund um den Globus, aber möglichst schnell grosse Beträge zu nennen ist das eine, sie am Schluss zu den Begünstigten zu bringen das andere. Wichtig ist am Schluss, dass die Gelder fliessen, die Löhne bezahlt werden und diese schwierige Phase gemeinsam gemeistert wird, und zwar schnell. Der Bundesrat hat vor wenigen Tagen versprochen, dass er liefert, und er hat es getan. Mit dem Entschluss des Bundesrates von heute morgen steht die Lösung, nicht nur konzeptionell, sondern auch umsetzbar. Das war nur möglich, der Herr Bundesrat hat es gesagt, weil auf allen Seiten praktisch im 7x24-Stunden-Modus, auf der Basis von gegenseitigem Vertrauen und Respekt, um Lösungen gerungen, manchmal gestritten wurde.»

«Wenn es draufkommt, sitzt man ...»

Fortsetzung von Seite 5

und wenn es drauf ankommt, dann sitzt man zusammen und löst die Probleme.» (Bundesrat Ueli Maurer)

Weniger Bürokratie bei Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit

Kurzarbeit:

Bereits haben zahlreiche Schweizer Unternehmen bei den Behörden Gesuche um Kurzarbeitsentschädigungen eingereicht. Damit sollen Arbeitnehmer, die infolge von Betriebsschliessungen oder Auftragseinbrüchen nicht mehr voll beschäftigt (und bezahlt) werden können, entschädigt werden. Hauptziel dieses Instruments ist die Erhaltung der Arbeitsplätze.

Der Bundesrat hat nun den Bezug der Entschädigung unter anderem ausgedehnt auf Temporärangestellte und Lehrlinge (letztere erhalten bei Arbeitsengpässen des Lehrbetriebs normalerweise den vollen Lehrlingslohn weiter; nun wird die Arbeitslosenversicherung einen Teil übernehmen, um die Arbeitgeber zu entlasten).

Ausserdem gilt ab sofort eine Reihe von administrativen Erleichterungen, zum Beispiel Aufhebung der Karenzfrist (Wartefrist) oder Verlängerung der Bewilligung für Kurzarbeit von 3 auf 6 Monate.³

Arbeitslosigkeit:

Die neuen Massnahmen dienen dazu, die administrative Belastung sowohl bei den Antragstellern als auch bei den kantonalen Behörden zu reduzieren, damit diese die Gesuche schnellstmöglich bearbeiten können.

Das Wichtigste für die Arbeitnehmer: Der Nachweis der Stellensuche fällt für die oft von einem Tag auf den anderen arbeitslosen Mitarbeiter (zum Beispiel Verkäuferinnen, Angestellte in Restaurants, Coiffeure) vorläufig weg – es gibt ja zurzeit kaum freie Stellen in diesen Branchen. Um Aussteuerungen aus der Arbeitslosenversicherung (das heisst Wechsel zur Sozialhilfe) zu vermeiden, erhalten alle anspruchsberechtigten Personen maximal 120 zusätzliche Taggelder.⁴

«Geld regiert die Welt» – ...?

ds. Unter dem Druck der Corona-Pandemie hat ein Nachdenken darüber begonnen, ob es wirklich so sinnvoll ist, dass das Geld die Welt regiert.

Spätestens nach dem Fall der Mauer 1989/1990 wurde im Westen der Profit zum Dogma erhoben: Profit, Profit und nochmal Profit. Es wurde Geld mit Geld verdient und produziert, was immer nur Geld einbrachte. Hauptsache, die Kasse stimmte: Drogen, Waffen, unsinniger Plunder, für den das Bedürfnis mit ebenso unsinniger Werbung erst erzeugt werden musste.

Industrien wurden in Länder verlegt, in denen die Waren mit dem grössten Profit produziert werden konnten. Ohne Rücksicht auf Verluste. Lebensmittel, um die halbe Welt verschickt, brachten mehr Profit, als die im

Alle vier Sekunden wird irgendwo in der Schweiz eine Bürgschaft bewilligt

«Wir haben dem Parlament als Nachtragskredit 1 Milliarde Franken für Bürgschaftsverluste beantragt. 76 000 Gesuche sind bereits bewilligt, weitere werden kommen. Es handelt sich um Darlehen, für die der Bund bürgt. Es sind also noch keine Ausgaben des Bundes. [...]

Es stellt sich auch immer wieder die Frage: Sind Bürgschaften das richtige Instrument? Es ist zweifellos nicht für alle das richtige Instrument, denn à fonds perdu-Beiträge könnten für einige bes-

ser sein. Aber ich verteile ja nur Ihr Steuergeld, und fremdes Geld zu verteilen ist immer relativ einfach. Daher ist der Weg: Wir gewähren Bürgschaften und versuchen dann Lösungen zu finden, wenn es irgendwo nicht geht, zweifellos der richtige im Moment. [...]

Seit dem letzten Donnerstag wird durchschnittlich irgendwo in der Schweiz alle vier Sekunden eine Bürgschaft bewilligt – alle vier Sekunden.»

Bundesrat Ueli Maurer an der Medienkonferenz vom 3. April 2020

Mit gemischten Gefühlen nehmen wir zur Kenntnis, dass die Meldepflicht offener Stellen durch den Arbeitgeber an die öffentliche Arbeitsvermittlung vorübergehend aufgehoben wird. Damit wird es für die Betriebe einfacher, benötigtes Personal im Ausland zu suchen.⁵ Nach der Krise müssen wir Bürger darauf achten, dass die Arbeitgeber offene Stellen wieder zuerst im Inland ausschreiben müssen, handelt es sich doch um praktisch die einzige Umsetzung der Forderungen der Masseneinwanderungsinitiative durch das Parlament.

Längere Arbeitszeiten in den Spitälern

Im Gegensatz zu vielen anderen Erwerbstätigen hat das Personal in den Spitälern alle Hände voll zu tun. Hier setzt der Bundesrat in der heutigen Notsituation vorübergehend die Vorgaben des Arbeitsgesetzes zu den Arbeits- und Ruhezeiten ausser Kraft, weil es vielen Spitälern schlicht nicht möglich ist, diese strikt einzuhalten. Dies verbunden mit der Mahnung: «Oberstes Ziel ist es aber weiterhin, dafür zu sorgen, dass die Ärztinnen und Ärzte, die Pflegefachpersonen, die Fachangestellten und alle weiteren Personen, welche ihren wertvollen und engagierten Beitrag zur Bewältigung dieser ausserordentlichen Situation leisten, genügend

geschützt sind.»⁶ Zu ihrem Schutz und zum Wohl von uns allen!

Auch Selbständigerwerbende, Kultur, Sport und Tourismus sind einbezogen

Inhaber von Restaurants oder Ladengeschäften sind heute ähnlich dran wie ihre Angestellten: Von einem Tag auf den anderen haben sie ihre Einnahmequellen verloren. Aber auch freischaffende Künstler sind betroffen, weil ihre Engagements annulliert werden oder weil sie eigene Anlässe absagen müssen.

Diese Selbständigerwerbenden sowie Eltern, die ihre Erwerbsarbeit unterbrechen müssen, um sich auf Grund der Schulschliessungen um ihre Kinder zu kümmern, erhalten Taggelder gemäss Erwerbssersatzordnung (EO): 80% des Einkommens, maximal 196 Franken pro Arbeitstag.

Für Soforthilfe und Entschädigungen im Kulturbereich stellt der Bund für zwei Monate 280 Millionen Franken als erste Tranche zur Verfügung, für Sportorganisationen 100 Millionen. Im Tourismus werden bereits seit Februar 2020 Sofortmassnahmen umgesetzt, zum Beispiel zur Überbrückung von Liquiditätsgapen. Etwa 300 Millionen Franken sind im Rahmen der Regionalpolitik für Tourismusprojekte investiert, für Dar-

Schule mal ganz anders – «Enkelschule» in Zeiten der Corona-Pandemie

dk. Grossmutter Anne und ihre Enkelin Ronja aus der deutschen Schweiz erarbeiten zwei Stunden pro Tag den Schulstoff gemeinsam am Computer. Die Idee kam ihnen bei einem gemeinsamen Telefongespräch; der Vater von Ronja installierte hierzu die Technik. Ronja besucht die dritte Klasse und übt mit ihrer Grossmutter Mathematik, Deutsch oder auch Nähen. Bereits hat sie mit ihrer Hilfe einen Rock für sich genäht und plant jetzt, auch ein Jäckchen zu schneidern. Anne schätzt diesen Austausch, er kommt beiden zugute und die beiden haben so regelmässigen und lebhaften Kontakt.

Die Grossmutter kann dieses Projekt anderen Grosseltern wärmstens zur Nach-

lehen an die Hotellerie werden die Rückzahlungsfristen verlängert.⁷

Fazit: Dank Schuldbremse gerüstet für Krisenzeiten

Halten wir fest: Wir Schweizer haben im Gegensatz zu vielen anderen Menschen auf der Welt keinen Grund, uns zu beklagen. Tatsache ist, dass die Behörden das Menschenmögliche tun, um die Bevölkerung auch finanziell so gut wie möglich über die Zeit der Corona-Pandemie hinwegzubringen.

Erfreulich, aber selbstverständlich ist, dass praktisch die ganze Bevölkerung mitzieht und die Verantwortung für die Einhaltung der Vorschriften mitträgt. Wie die Schweizer es eben gewohnt sind – der Staat sind wir. Tatsache ist auch, dass die Bundesfinanzen gut im Schuss sind und dass genügend Reserven für die jetzige Krise vorhanden sind, weil das Parlament über viele Jahre die Regeln der Schuldbremse beachtet hat: Nicht mehr Ausgaben als Einnahmen über einen Konjunkturzyklus hinweg, oder anders gesagt: In guten Zeiten sparen für die schlechten Zeiten. In der direkten Demokratie hat dies das Volk so bestimmt, im Bund und in den Kantonen. •

¹ Seco – Staatssekretariat für Wirtschaft. «Corona-Virus: Massnahmenpaket zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen.» Medienmitteilung vom 20.3.2020

² Seco – Staatssekretariat für Wirtschaft. «Corona-Virus: Massnahmenpaket zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen.» Medienmitteilung vom 20.3.2020

³ «Corona-Virus: Zusätzliche Massnahmen zur Stützung der Wirtschaft.» Medienmitteilung des Bundesrates vom 25.3.2020

⁴ «Corona-Virus: Zusätzliche Massnahmen zur Stützung der Wirtschaft.» Medienmitteilung des Bundesrates vom 25.3.2020

⁵ «Corona-Virus: Zusätzliche Massnahmen zur Stützung der Wirtschaft.» Medienmitteilung des Bundesrates vom 25.3.2020

⁶ Seco – Staatssekretariat für Wirtschaft. «Corona-Virus: Massnahmenpaket zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen.» Medienmitteilung vom 20.3.2020

⁷ Seco – Staatssekretariat für Wirtschaft. «Corona-Virus: Massnahmenpaket zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen.» Medienmitteilung vom 20.3.2020

eigenen Land produzierten. Fachkräfte in Billiglohnländern abzuwerben war profitabler, als sie selbst auszubilden. Infrastruktur und Bevölkerungsschutz wurden vernachlässigt. Ihre Pflege versprach zu wenig Profit.

Und nun das: Der weltweite Handel ist ins Stocken geraten. Im Land, weltweit für seine Pharmaindustrie bekannt, werden Grundstoffe für Medikamente knapp. Es fehlt an Schutzkleidung und Masken. Lieferungen werden an den Grenzen zurückgehalten. Ausgebildetes Pflegepersonal wird in den umliegenden Ländern selbst gebraucht. Und, und, und ...

Nun hat ein Nachdenken eingesetzt, und wir sind gefordert «mit Vernunft und Gewissen» neue Formen des Wirtschaftens zu entwickeln, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. •

LESER  BRIEF

Lässt Corona uns zur Besinnung kommen?

In einem absolut aussergewöhnlichen Zustand befindet sich nun nicht nur Deutschland, sondern im Prinzip gilt dies für alle Länder dieser Welt. Und wir können dabei beobachten, dass wir einen enorm handlungsfähigen Staat haben, angefangen von unserer Bundeskanzlerin, den Ministerpräsidenten der Länder, bis hin zu den politisch Verantwortlichen in den Kommunen. Der föderale Nationalstaat mit all seinen Organen zeigt nun in der Krise sein wirklich gutes Gesicht. Keine polarisierenden Attacken gegeneinander, keine persönlichen Eitelkeiten einzelner Politiker, sondern ein Zusammenstehen aller Menschen in der Krise wird nun vorgelebt. Dabei denke ich auch an die ausführenden Organe in den Kommunen, die Ordnungsdienste, Polizisten und dergleichen, die auf die Einhaltung der Regeln achten. Die Bezirksregierungen allein in Nordrhein-Westfalen stellen an einem Wochenende zahlreiche Mitarbeiter an, welche die eingehenden Anträge für Soforthilfen von

Kleinunternehmern mit wenigen Mitarbeitern und auch Freiberuflern, die ihre Tätigkeit nun nicht ausüben dürfen, unbürokratisch bearbeiten. Sie erhalten zur Überbrückung rückzahlungsfrei als Einmalzahlung zwischen 9000 und 25 000 Euro. Der Geldfluss erfolgt binnen weniger Tage.

Des weiteren beobachten wir, dass eine grosse Mehrheit nun begriffen hat, sich entsprechend zu verhalten und gegenseitig Hilfe anzubieten, um das eigene Leben und das anderer zu schützen. Trotz so oft geäusselter Kritik an unserem Gesundheitswesen sehen wir jetzt, dass es sehr gut funktioniert und auch hier zwischen den Staaten ein solidarisches Handeln hinsichtlich der Intensivbetten vorgelebt wird. Hierbei gelangen wir zu der Erkenntnis, dass eine Kooperation zwischen den Nationen und die Bedeutung nationaler Grenzen und deren Sicherung, hier zum Zwecke der Eindämmung der Pandemie, sich nicht ausschliessen.

Vielleicht ist diese Pandemie auch ein weltweiter Auslöser, der uns alle zur Besinnung kommen lässt. Schluss mit der Hetze gegenüber politischen «Gegnern», Schluss mit der Erhöhung der Rüstungsetats, mit den Kriegen auf der Welt, hin zu einem friedlichen Miteinander zwischen den Völkern und einer guten Gemeinschaft innerhalb der unterschiedlichen Gesellschaften. Die globale Weltwirtschaft wird in eine tiefe Rezession abgleiten, davon ist auszugehen. Das westliche Finanzsystem droht erschüttert zu werden. Aber gerade das gibt Hoffnung, dass die Menschheitsfamilie enger zusammenrückt und die Feindbilder gegenüber Russland, China oder Assad begraben werden. Vielmehr sind der gemeinsame Gegner nun das Virus und dessen weltweite Auswirkungen, die wir nur zusammen bekämpfen können.

Werner Voß, Wiehl (D)

ahmung empfehlen. Auf der Webseite www.enkelschule.ch wird es vorgestellt. Eine Anleitung zur Installation der Software «Whereby» ist beigelegt. Bei Problemen mit der Technik gibt es telefonische Unterstützung. Der Projektleiter von «Enkelschule», Urs Baumann, sieht eine Möglichkeit, das Projekt auch nach der Epidemie weiterzuführen, zum Beispiel als Unterstützung von Kindern aus sozial schwachen Familien durch Senioren. •

Quelle: Aargauer Zeitung vom 3.4.2020 und www.enkelschule.ch

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach

CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RRVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2020 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.

Corona – Ethik, Vernunft ... und Psychologie

von Karl-Jürgen Müller

Es gibt nicht nur den vor allem mit wirtschaftlichen Argumenten vorgetragenen Druck, die wegen der Corona-Pandemie erlassenen Ausnahmeregelungen so schnell wie möglich zu lockern. Auch die Frage, wie es nach dem Ende der Pandemie mit Gesellschaft, Wirtschaft und Politik weitergehen soll, beschäftigt schon jetzt zahlreiche Analysten und Kommentatoren. Und dies, obwohl die Pandemie sehr wahrscheinlich noch keineswegs ihren Höhepunkt erreicht hat und das ganze Ausmass der Folgen auch noch gar nicht absehbar ist. Hier soll es nicht darum gehen, diese Analysen und Kommentare wiederzugeben, geschweige denn, sie zu beurteilen, sondern es geht um ein paar grundsätzliche Anmerkungen.

Niemand will einen langanhaltenden Ausnahmezustand

1. Dass die Frage gestellt wird, wie lange die Ausnahmeregelungen noch gelten sollen und wie es nach dem Ende der Pandemie weitergehen soll, ist sehr verständlich. Es wäre ein fundamentaler Bruch mit den Grundlagen eines freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates und ist auch den Menschen sonst nicht zuzumuten, sich auf einen dauerhaften Ausnahmezustand einzustellen. Aus Kriegssituationen in Geschichte und Gegenwart wissen wir: Je länger eine solche Ausnahmezustand andauert, je grösser sind die negativen Folgen. Der Mensch ist nicht geschaffen für den permanenten Ausnahmezustand. Er braucht die Hoffnung, dass sich ein solcher Zustand, sofern er denn für einen gewissen Zeitraum notwendig erscheint, so schnell wie möglich überwinden lässt. Alles andere hat fatale Folgen. Ein Blick auf Europa im Dreissigjährigen Krieg oder heute auf Länder im Nahen Osten oder auf Afghanistan legt davon beredt Zeugnis ab.

Nun bedeutet die Corona-Pandemie zwar keinen Krieg. Die meisten Menschen, die nun fast den ganzen Tag zu Hause verweilen, in ihrer Bewegungsfreiheit und in ihrem Gemeinschaftsleben eingeschränkt sind und sogar auf ihre berufliche Tätigkeit verzichten müssen, müssen nicht befürchten, dass Bomben auf ihre Dächer fallen oder sie beim Einkauf oder Spaziergang von einer Kugel oder Granate getroffen werden. In Ländern wie der Schweiz, Österreich oder Deutschland muss auch niemand befürchten, wegen der Pandemie Hunger oder Durst erleiden zu müssen. Aber die vielen Einschränkungen der persönlichen Freiheit sind doch für viele Menschen ein grosser Einschnitt in ihre bisherige Lebensweise.

Was und wer entscheidet über unsere Zukunft?

2. Es ist offen, wer nach dem Ende der jetzigen Ausnahmeregelungen und dann auch nach dem Ende der Pandemie darüber entscheiden wird, wie wir unser Zusammenleben in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik künftig gestalten werden. Einiges sollte sich ändern – und viele wollen auch, dass sich nachher einiges ändert. Die Corona-Pandemie ist nämlich nicht nur Schicksal, sondern auch das Resultat menschlicher Irrtümer und Versäumnisse – von uns allen. Aber die Vorstellungen darüber, was sich ändern soll, – das kann man nach den vorliegenden Analysen und Kommentaren jetzt schon sagen – gehen weit auseinander. Das hängt mit den unterschiedlichen Menschenbildern, Weltanschauungen und Lebensstilen zusammen – aber auch mit verschiedenen politischen Agenden.

1945, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, hat es für das in vielerlei Hinsicht zerstörte Deutschland sehr viele ganz wertvolle Überlegungen gegeben, wie das Land künftig gestaltet werden soll. Im Rahmen der von der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft in Darmstadt herausgegebenen *Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert* erschien 1990 und dann erneut 2010 der Quellenband «Nachkriegsdeutschland 1945–1949». Die Lektüre des Bandes lohnt sich auch heute wieder, 75 Jahre nach Kriegsende. Manches von dem, was da zu lesen ist, wurde tatsächlich umgesetzt. Anderes spielte später kaum noch eine Rolle. Oder wer weiss denn heute noch, wer Eberhard Welty war?¹ Er war Dominikaner-

pater und Sozialethiker, gehörte der «Walberger Bewegung» an – schon einmal gehört? – und strebte einen christlichen Sozialismus auf der Grundlage christlichen Naturrechtsdenkens an. Welty plädierte nach dem Krieg für eine «Staatsgemeinschaft», die «demokratisch ausgerichtet war und die Grundrechte des einzelnen als dem Ebenbild Gottes innerhalb der sichtbaren Schöpfungsordnung sicherte». «Grundlage des gesellschaftlichen Lebens», so heisst es weiter, sollte «das Gemeinwohl des Volkes» sein, «das bestimmt wurde durch Gerechtigkeit und Eintracht. [...] Es zu regeln wurde als Aufgabe und Pflicht des Staates angesehen. Im wirtschaftlichen Bereich bedeutete dies die Zustimmung der christlichen Sozialisten zum Sondereigentum des einzelnen, das aber nicht in beliebiger Menge angesammelt und allein zu persönlichen Zwecken genutzt werden dürfe, sondern vorrangig der Deckung der persönlichen Lebensbedürfnisse zu dienen habe.»

Ja, manches von dem hat im 1949 verabschiedeten westdeutschen Grundgesetz Eingang gefunden, so in der Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums in Artikel 14. Aber es war eben nicht nur oder sogar nur zu einem geringen Anteil die Qualität der Ideen, die über deren Verwirklichung entschieden hat. Die realen Machtverhältnisse spielten oft eine grössere Rolle, und die Durchsetzungskraft lag damals (wie heute) nicht immer aufseiten von Ethik und Vernunft. Schon lange vor dem Ende des Krieges hatten die Siegermächte ihre Pläne für die Zukunft Deutschlands (und der Welt) gemacht und ihre Pflöcke gesetzt. So war der Rahmen vorgegeben; um so mehr, als sich die Siegermächte, die in vielen Punkten sehr unterschiedliche Vorstellungen hatten, mit Beginn des Kalten Krieges nicht mehr einigen wollten, sondern ihr jeweiliges Programm in ihrem Einflussbereich in reiner Form durchzusetzen versuchten.

Ausnahmezustand muss nicht zur Diktatur führen

3. Der derzeitige Ausnahmezustand mit einem starken Gewicht exekutiver Staatsgewalt darf niemanden dazu verführen, in «starker Führung» den künftigen Lösungsweg für alle Probleme in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu suchen. Die Lösung von Problemen bleibt immer eine Gemeinschaftsaufgabe. Dies gilt nicht nur bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie – auch die Vertreter der nun im Vordergrund stehenden Staatsgewalt haben dies erfreulicherweise immer wieder zurecht betont –, sondern auch bei allen künftigen öffentlichen Aufgaben. Das unterscheidet die gegenwärtige Situation auch grundlegend von der von mancher Seite befürchteten oder herbeigeredeteten Diktatur: Die Verantwortlichen wissen heute sehr genau, dass Zwang und Gewalt in eine Sackgasse führen würden. Vorrang müssen gerade auch jetzt Ethik und Vernunft haben.

Schon vor mehr als 90 Jahren, im Jahr 1928, hat der Wiener Individualpsychologe Alfred Adler den grundsätzlichen Irrtum des Machtweges charakterisiert:

Bevölkerung hat Vertrauen in die Massnahmen des deutschen Staates

km. Das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap hat am 30. und 31. März 2020 in einer repräsentativen Telefonumfrage rund 1000 Wahlberechtigte in Deutschland nach ihrer Meinung gefragt. Tagesschau.de hat über die Ergebnisse der Umfrage am 2. April 2020 ausführlich berichtet (<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-2167.html>). Im folgenden werden Auszüge daraus wiedergegeben.

«Eine grosse Mehrheit von 93 % der Deutschen befürwortet weiterhin, dass man sich aktuell nur noch in der eigenen häuslichen Gemeinschaft oder mit einer weiteren Person treffen darf.

Vier Fünftel (79 %) sorgen sich kaum darum, dass Güter des täglichen Bedarfs knapp werden. Bei den Erwerbstätigen ergibt sich auf die Frage, ob sie sich Sorgen um den Verlust ihres Arbeitsplatzes

«Das Ergebnis individual- und massenpsychologischer Forschung lautet demnach: Das Streben nach persönlicher Macht ist ein verhängnisvolles Blendwerk und vergiftet das Zusammenleben der Menschen. Wer die menschliche Gemeinschaft will, muss dem Streben nach Gewalt über andere entsagen. Gewaltsame Durchsetzung leuchtet vielen als ein selbstverständlicher Gedanke ein. Wir wollen zugeben: Es scheint [Hervorhebung bei Alfred Adler] der einfachste Weg, alles, was gut ist und Glück verheissend oder auch nur, was im Sinne einer unaufhaltsamen Entwicklung liegt, mit den Mitteln der Macht zu erschaffen. Wo im Leben der Menschen oder der Menschheitsgeschichte ist ein solches Vorhaben schon gelungen? So weit wir sehen, überall weckt die Anwendung selbst sanfter Gewalt den Gegenwillen, selbst dort, wo sichtlich das Wohl des Niedergezwoenen bezweckt wird.»²

Dass bislang die überwältigende Mehrheit der Bürger den Massnahmen ihrer Staaten aus Einsicht heraus zustimmt (siehe Kasten), ist ein wertvolles gemeinschaftliches Kapital. Es gilt, sorgsam damit umzugehen.

Hoffnung auf einen grösseren Raum für Ethik und Vernunft

4. Die Reaktionen der Verantwortlichen in den Medien, in Wirtschaft und Politik zeigen eine Vielzahl von Stellungnahmen, die doch deutlich von dem abweichen, was man von den Zeiten zuvor her erwartet hätte. Wer hätte zum Beispiel noch vor Wochen gedacht, dass die deutsche Kanzlerin Angela Merkel so angemessen und sogar ansprechend zu den Pandemie-Gefahren Stellung nimmt? Vielleicht gibt es wirklich guten Grund für die Hoffnung, dass Ethik und Vernunft einen grösseren Raum finden, auch auf seiten der gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch Verantwortlichen. Vor allem aber mache sich niemand etwas vor: Es ist ein Irrtum zu glauben, dass diese in unseren Augen «Mächtigen» so viel anders sind als wir. Dass nur diese Gruppe von Menschen die vergangenen Jahre alles falsch gemacht hat und dass, wenn es nach uns gegangen wäre, alles viel besser aussehen würde, ist sehr unwahrscheinlich. Besser werden wird es nur, wenn jeder Mensch als gleichwertiger Dialogpartner akzeptiert wird, und das geht in alle Richtungen. Bürger auf dem hohen Ross und ein Kropf gegen alle «Mächtigen» helfen genauso wenig weiter wie Politiker, die von vornherein alles besser wissen.

Die Opfer der Welt-Macht-Politik nicht vergessen

5. Viele wissen, dass es Staaten und Menschen gibt, denen es in der gegenwärtigen Pandemie-Situation viel schlechter geht als uns. Darunter gibt es auch solche, deren Situation nicht nur auf eigene Irrtümer und Versäumnisse zurückzuführen ist, sondern die auch Opfer einer Welt-Macht-Politik sind. Die Sanktionen und Kriege gegen diese Länder waren schon immer eine Plage und ver-

schärfen die aktuelle Situation enorm. Mit Sicherheit ist diese Art von Politik auch nicht zukunftsfähig. Sie muss korrigiert werden.

Und könnte die Corona-Pandemie, die alle Länder der Welt betrifft, nicht auch ein Anlass dafür sein, bisherige Feindbilder abzubauen und zu erkennen, dass die Weltgemeinschaft in einem Boot sitzt? Uno-Generalsekretär António Guterres hat am 31. März 2020 mit eindrucksvollen Worten in einer internationalen Videokonferenz zur Pandemie Stellung genommen. Die Weltgemeinschaft stehe vor der grössten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, so Guterres. Diese Krise werde einen Wirtschaftseinbruch mit sich bringen, der «in der jüngsten Geschichte wahrscheinlich keine Parallele hat». Bei den wirtschaftlichen Folgen forderte er mehr Hilfe der reichen für die armen Länder der Welt. Die Erholung von der Krise müsse auch zu einer gerechteren Wirtschaft führen.

Da mag man überall mitgehen. Aber Fragen kommen auf, wenn er bei der Bekämpfung der Pandemie eine umfassende «Führung der Weltgesundheitsorganisation (WHO)» fordert. Wie sinnvoll ist es, jetzt erneut nach «global governance» zu rufen? Gleichberechtigte Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe in der Völkergemeinschaft und im Rahmen des Völkerrechts sind geboten. Die Probleme selbst werden am besten vor Ort gelöst. Dazu gehört eine von ihren Bürgern legitimierte staatliche Gewalt innerhalb eines grundsätzlich souveränen Rechts- und Verfassungsstaates. Das zeigt sich gerade auch jetzt wieder. Und das gilt auch für die Zukunft.

Die Probleme am besten vor Ort lösen

6. Auch die Aufgabenstellungen bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie sind von Land zu Land sehr unterschiedlich und verlangen jeweils passende Lösungen – bei denen viele Länder selbstverständlich auch Unterstützung benötigen. Die «Neue Zürcher Zeitung» berichtete am 27. März 2020 über die aktuelle Situation in Südosteuropa und in Brasilien.³ Die Probleme, die sich dort stellen, sind andere als die in der Schweiz, in Österreich oder in Deutschland. Während es zum Beispiel in unseren Ländern in der Regel von jedem von uns selbst abhängt, ob die gebotenen Hygiene- und Abstandsempfehlungen eingehalten werden, ist dies in den Armenvierteln von Rio de Janeiro gar nicht möglich. Hier hat auch die staatliche Gewalt kaum Zugang, statt dessen bestimmen kriminelle Banden über den Tagesablauf. Oder in den Staaten des europäischen Balkans: Hier sind in den letzten Jahren Tausende Ärzte und Pflegekräfte in die reicheren Staaten Europas abgewandert und abgeworben worden, so dass sie heute bitter fehlen.

Einigen Kommentaren der vergangenen Tage merkt man eine gewisse Ungeduld an. Sie dokumentieren, dass manch einer nun ganz schnell den Ausnahmezustand beenden und auch jetzt schon wissen möchte, wie es «nachher» weitergeht. Das hat oft gut nachvollziehbare Gründe – für die Wirtschaft, für den Arbeitsmarkt, für die Familien mit schulpflichtigen Kindern, für Alleinstehende, für die im Gesundheitswesen unermüdlich Tätigen und für viele mehr ist die derzeitige Situation in der Tat hochanspruchsvoll. Solange es aber noch keine überzeugende Perspektive für ein wirkliches Ende der Pandemie gibt, braucht es nicht nur Zukunftspläne, sondern auch viele kreative, menschliche Ideen und Taten, damit so viele Menschen wie möglich die gegenwärtige Situation gut überstehen und bewältigen können – in jeder Hinsicht. Gut ist, dass es genau hierfür so viele Beispiele gibt. •

¹ vgl. Bucher, Peter (Hrsg.). *Nachkriegsdeutschland 1945–1949. Band X der Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert*. Darmstadt 2010, S. 3 mit Hinweisen auf die Literatur von Eberhard Welty

² Adler, Alfred. *Psychologie der Macht* (1928). In: Adler, Alfred. *Persönlichkeitstheorie, Psychopathologie, Psychotherapie* (herausgegeben von Gisela Eife), Göttingen 2010, S. 333

³ «Rios Gangs verhängen Ausgangssperre» und «Gefährlicher Ärztemangel in Südosteuropa». In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 27.3.2020, S. 3 und S. 5

Alle gemeinsam

Wie Frankreich mit der Corona-Pandemie umzugehen lernt

von Nicole Duprat, Frankreich

«Kultur bedeutet Hilfe von Mensch zu Mensch und von Nation zu Nation.»

Henry Dunant

Wie andere Länder auch sah sich Frankreich plötzlich mit der Covid-19-Pandemie konfrontiert. Die drakonischen Ausgangsbeschränkungen, die Hygieneregeln, die extremen Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit sind von der Bevölkerung insgesamt rasch akzeptiert und umgesetzt worden, wenn auch die Strafen für die wenigen Ausreisser hart ausgefallen sind. Wir können uns jetzt nicht mit Polemik oder den diversen Verschwörungstheorien, wie sie zurzeit im Netz kursieren, aufhalten, sondern müssen uns der Situation stellen.

Formen der Solidarität

Die Generationen, die aktuell im Leben stehen, haben den Krieg mit seinen Entbehrungen nicht kennengelernt, während die Älteren sich noch gut an die Einschränkungen erinnern können. Und doch sind jetzt alle zur Stelle, wenn es darum geht, sich solidarisch zu zeigen, Menschen kostenfrei zu versorgen, ehrenamtlich zu arbeiten, aufmerksam und verständnisvoll zu sein. Die einen entdecken auf Grund der Beschränkungen das Familienleben wieder, die anderen erfreuen sich guter Lektüre oder entdecken alte Rezepte neu, um andere zu bekochen.

Gesten der Aufmerksamkeit gegenüber den Ärmsten und denen, die von der Situation besonders betroffen sind, nehmen zu. Überall stösst man auf Grosszügigkeit, die wie Balsam für die Seele ist, wenn man sich begleitet und sich mit dem anderen angesichts dieser schwierigen Situation verbunden fühlt.

Seit der Ausgangssperre, die seit dem 17. März 2020 besteht, sind im ganzen Land viele Menschen, deren Lebenssituation manchmal bereits vorher schwierig war, in einer noch schlimmeren Lage: alte Menschen, Behinderte sowie Obdachlose. Die Isolierung trifft sie ganz besonders und ganz unmittelbar.

Die Schulen sind geschlossen, doch stehen die Lehrkräfte dort für die Betreuung der Kinder des medizinischen Personals zur Verfügung.

Viele Freiwillige melden sich bei den hilfeschendenden Bauern

Seit Ausbruch der Krise gibt es glücklicherweise immer wieder Solidaritätsbekundungen im nahen Umfeld, wie zum Beispiel den Einkauf für die hilfsbedürftigsten Nachbarn zu übernehmen. Um diese kleinen, aber nicht weniger grossartigen Taten zu unterstützen, hat die Regierung eine Plattform eingerichtet (jeuxaidier.gouv.fr), auf der man sich als einzelner oder als Vereinigung anmelden kann, um diese Art Hilfe zu leisten.

Ausdruck der Dankbarkeit

Es berührt, wenn man sieht, wie jeden Abend um 20 Uhr, in Grossstädten wie in Dörfern, Menschen sich auf den Balkon oder ans Fenster begeben und entweder die Nationalhymne singen oder Musik machen, um den Ärzten und Pflägern, die sich an der Front dieses Gesundheitskrieges in den ersten Kampftagen befinden, ihre Dankbarkeit auszudrücken. In Paris bleibt der Eiffelturm den Abend über erleuchtet und zeigt ein grosses MERCI, um das Pflegepersonal und alle anderen Einsatzkräfte zu ehren. Es muss auch hervorgehoben werden, dass viele, die im Gesundheitswesen arbeiten (Professoren, Ärzte, Radiologen, Anästhesisten, Krankenschwestern usw.), ihre sozialen und finanziellen Forderungen wegen der aktuellen Krise in den Krankenhäusern zurückgestellt haben. Statt dessen sind sie vor Ort und pflegen beharrlich und mit Mut die Patienten.

Am 25. März, also an Mariä Verkündigung, haben auf Wunsch der Bischöfe um 19.30 Uhr die Glocken aller Kirchen für zehn Minuten geläutet. Dies sollte der Nation und den trauernden Familien Stütze sein.

China hat nicht vergessen, dass Frankreich ihm während der wachsenden Epidemie mit fünf Millionen Schutzmasken aushalf. Im Gegenzug sind nun in Frankreich Flugzeuge



(Bild: keystone)

aus China gelandet, die Pakete mit Masken verteilen.

Begrüenswerte Initiativen

Weil ein Gärtner aus Plergier seinen Laden schliessen musste, sass er dann auf mehreren tausend Blumen, die er nicht verkaufen konnte. Er hat beschlossen, damit die Gräber des Gemeindefriedhofes zu schmücken. Seine Geste kam bei vielen Menschen gut an, und einige Floristen taten es ihm gleich.

Das Notfallpersonal im Krankenhaus Lapeyronie in Montpellier erlebte eine schöne Überraschung: Ein Gastronom in der Stadt musste sein Lokal schliessen und lieferte 60 Pizzen als Unterstützung aus.

Drei Produktionsstätten der Luxusgruppe LVMH, in denen normalerweise Parfums und Kosmetik hergestellt werden (*Dior*, *Guerlain* und *Gucci*), produzieren grosse Mengen Desinfektionsgel, das sie den Krankenhäusern zur Verfügung stellen.

Auf Drängen der Öffentlichen Hand musste die SNCF (französische Bahn) den Fahrdienst ihrer Intercityzüge und TGVs drastisch einschränken. Ein Zug jedoch diente als Krankenstation und brachte die nötige medizinische Ausstattung, das Pflegepersonal und 20 Covid-19-Patienten in die Krankenhäuser von Angers, Le Mans, Nantes und Roche-sur-Yon.

Das Krankenhaus von Saint-Brieux in der Bretagne hat für Pflegepersonal und für alle, die sonst eine Maske benötigen, die Vorlage

für eine Stoffmaske geliefert, die man selbst herstellen kann. Alle Schneider und Schneiderinnen, auch die Anfänger, haben ihre Nähmaschinen herausgeholt und angefangen, mit ihren Stoffen zu Hause die Maske, für die man die Anleitung im Internet herunterladen kann, zu nähen. Auch wenn diese Stoffmasken nicht den FFPP2-Masken entsprechen, sind sie doch hilfreich, vorausgesetzt, man wäscht sie täglich bei 60 Grad.

Wiederansiedlung von Unternehmen und nationale Souveränität

Während der Covid-19-Pandemie erleben wir gerade explosionsartig ein Wiedererstarken lokaler Produkte, vor allem im landwirtschaftlichen Bereich. Der gesunde Menschenverstand scheint zurückzukehren! Warum auch sollte man Knoblauch aus Chile kaufen, während die Provence die Gegend schlechthin für den Anbau von Knoblauch ist, der in der regionalen Küche breite Anwendung findet.

Viele Unternehmen mit Niederlassungen auf der ganzen Welt erleben, wie auf Grund der Grenzschliessung ihr Umsatz ins Bodenlose sinkt, und erwägen daher, ihre Produkte vor Ort und innerhalb des jeweiligen Landes zu verteilen! Der gesunde Menschenverstand scheint auch hier zurückzukehren!

Am Rande eines Termins bei einem Hersteller für Masken in einem Vorort von Angers hat *Emmanuel Macron* bei einer Ansprache auf seine üblichen liberal gefärbten Aussagen verzichtet und sich statt dessen

deutlich im Sinne der staatlichen Souveränität ausgedrückt. Um genau zu sein, hat der Staatschef «die vollständige Unabhängigkeit Frankreichs» bei der Herstellung von Masken verlangt. Bis Jahresende soll Frankreich bei der Produktion von Masken, ob es sich um FFPP2-Masken, chirurgische oder Masken der Kategorie 3 oder 4 handelt, unabhängig sein. «Mehr produzieren und dadurch seine Unabhängigkeit wiederherstellen», das waren seine Worte.

Ausgangssperre mit Humor nehmen

In Zeiten des Corona-Virus ist Lachen in Anbetracht der Pandemie eine wahre Herausforderung. Die Franzosen lachen viel und gerne. So gibt es viele Posts zum Thema: «Bleib zu Hause!» Lassen Sie uns einen abgewandelten Eintrag des berühmten Reiseführers *Routard* zitieren, der folgendes vorschlägt: «Ein neues Reiseziel im Jahr 2020: Ihre Wohnung! Ihr unerlässlicher Reiseführer, um die aussergewöhnlichsten Ecken Ihres Lebensraums zu erkunden!»

Seit Beginn der Ausgangssperre am 17. März werden wir überflutet mit Videos, Zeichnungen und parodistischen Botschaften. Unter Lachanfällen schicken manche via *Facebook*, *Messenger*, *WhatsApp* usw. diese Posts gleich an ihre Liebsten. Weil Humor gut ist, um sich ein bisschen Leichtigkeit zu bewahren und um mit seinen Verwandten, der Familie, den Kollegen und den Freunden in Verbindung zu bleiben, wenn man nichts Neues mehr zu erzählen hat über die langsam immer gleichen Tage.

Und sagt man schliesslich nicht, dass «Humor die höfliche Form der Verzweiflung ist», auch wenn die meisten von uns keinen Angehörigen haben, der durch Covid-19 dahingerafft wurde?

Internetnutzer sind talentiert, und auch Kinder werden nicht verschont: So finden sich ironische Einträge über ihre Erzeuger, die in einer abgeschlossenen Welt jetzt entdecken, wer ihre Kinder wirklich sind: «Im Gedenken an alle Eltern, die sich langsam darüber klar werden, dass das Problem vielleicht nicht immer beim Lehrer liegt.»

Die Dinge mit Humor nehmen ist eine Art Überlebensstrategie in solchen angst erzeugenden Situationen. Humor ist der Antrieb, durch den wir die Situation weniger dramatisch erleben können.

In Anbetracht dessen, was das Leben mit uns vorhat, haben wir keine Wahl. Wie wir dagegen mit der Situation umgehen, können wir sehr wohl entscheiden. Diese historische Situation auf die konstruktivste Art und Weise anzugehen ist die Haltung, die gepflegt werden muss, damit sich Wohlwollen und Solidarität in unserer einen Welt verbreiten können. Verbindungen schaffen und wiederherstellen ist oberstes Gebot in einer Gesellschaft, die dazu neigt, sich schnell auseinanderzudividieren zu lassen.

Papst Franziskus ruft zu weltweitem Waffenstillstand auf

Angesichts der Corona-Pandemie ruft Papst Franziskus zu einem weltweiten Waffenstillstand auf. Bei seinem Angelusgebet am Sonntag [29. März 2020] schloss er sich einem entsprechenden Appell von Uno-Generalsekretär António Guterres an.

Er rufe alle Kämpfenden auf, «kriegerische Handlungen einzustellen», sagte der Papst bei dem Gebet, das wegen der Corona-Krise ohne Teilnehmer von aussen im Vatikan stattfand. Franziskus warb auch für die «Schaffung von humanitären Korridoren und die Öffnung diplomatischer Kanäle». Es gelte, sich jetzt vor allem um die Menschen zu kümmern, die «besonders gefährdet» seien.

«Möge uns unser gemeinsamer Kampf gegen die Pandemie erkennen lassen, wie notwendig es ist, unsere geschwisterlichen Bande als Mitglieder der einen Menschheitsfamilie zu stärken! Und möge er die Verantwortlichen der Nationen und die anderen beteiligten Parteien zu einem erneu-

erten Einsatz für die Überwindung der Rivalitäten anregen.»

«Konflikte werden nicht durch Kriege gelöst»

Guterres hatte vor wenigen Tagen in New York ein Ende aller Kampfhandlungen gefordert. «Beendet das Übel namens Krieg und bekämpft die Krankheit, die unsere Welt verwüstet», sagte er in einer Video-Botschaft. «Das ist, was unsere Menschheitsfamilie braucht, jetzt mehr denn je.» Der Uno-Generalsekretär bot die Hilfe der Vereinten Nationen an, um Feuerpausen auszuhandeln. Diese seien notwendig für humanitäre Hilfe und für neue diplomatische Initiativen.

Konflikte würden «nicht durch Kriege gelöst», mahnte der Papst. «Gegensätze und Kontraste müssen durch Dialog und die konstruktive Suche nach dem Frieden ausgeräumt werden.»

Quelle: <https://www.vaticannews.va/de/papst/news/2020-03/papst-franziskus-corona-virus-appell-angelus-waffenstillstand.html> vom 29.3.2020